

# Dokumentation

zusammengestellt von Arno Herzig

## 1. Verfolgung

- 1.1 Bericht des OB Dr. Hermann Becker (Dortmund) an die Regierung in Arnsberg  
Dortmund, den 1. Februar 1874  
Quelle: R. Umbreit, Beiträge , S. 20f.
- 1.2 Bericht des OB Dr. Hermann Becker (Dortmund) an die Regierung in Arnsberg  
Dortmund, den 3. September 1874  
Quelle: R. Umbreit, Beiträge , S. 25
- 1.3 Der Oberstaatsanwalt Irgahn (Hamm) an den Justizminister in Berlin: Material bezüglich der sozialdemokratischen Frage  
Hamm, den 13. Juni 1878  
Quelle: Staatsarchiv Münster, Oberpräsidium Nr. 2693, Bl. 32ff.  
Druck: K.A. Hellfaier, Probleme und Quellen , S. 171ff.
- 1.4 Bericht des Oberstaatsanwalts Irgahn (Hamm) an den Oberpräsidenten von Westfalen in Münster  
Hamm, den 18. Juni 1878  
Quelle: Staatsarchiv Münster, Oberpräsidium Nr. 2693, Bd. 1, Bl. 31
- 1.5 Protokollauszug der Kundgebung aller Industriellen und Gewerbetreibenden Rheinlands und Westfalens gegen die sozialdemokratischen Bestrebungen.  
Düsseldorf, den 24. Juni 1878  
Quelle: Mitteilungen des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen, Düsseldorf, Juli 1878, S. 207-217
- 1.6 Resolution der Düsseldorfer Kundgebung aller Industriellen und Gewerbetreibenden Rheinlands und Westfalens gegen die sozialdemokratischen Bestrebungen.  
Düsseldorf, den 24. Juni 1878  
Quelle: Staatsarchiv Münster, Oberpräsidium Nr. 2693, Bd. 1, Bl. 25
- 1.7 Bericht des Fabriken-Inspektors für Westfalen, Osthues, an den Oberpräsidenten von Westfalen in Münster/W. über die Versammlung der Industriellen von Rheinland und Westfalen am 24. 6. 1878 in Düsseldorf  
Dortmund, den 25. Juni 1878  
Quelle: Staatsarchiv Münster, Oberpräsidium Nr. 2693, Bd. 1, Bl. 40ff.

- 1.8 Bericht des Oberstaatsanwalts Irgahn (Hamm) an den Oberpräsidenten von Westfalen in Münster/W. bezüglich der sozialdemokratischen Verhältnisse  
Hamm, den 25. Juni 1878  
Quelle: Staatsarchiv Münster, Oberpräsidium Nr. 2693, Bd. 1, Bl. 46 ff.
- 1.9 Bericht des Oberstaatsanwalts Irgahn (Hamm) an den Oberpräsidenten von Westfalen in Münster/W.  
Hamm, den 28. Juni 1878  
Quelle: Staatsarchiv Münster, Oberpräsidium Nr. 2693, Bd. 1, Bl. 48
- 1.10 Verordnung der Regierung in Arnsberg  
Arnsberg, den 27. Oktober 1878  
Quelle: R. Umbreit, Beiträge , S. 29 f.
- 1.11.1 Nachweisung der im Stadtkreise Dortmund vorhandenen Vereine und Verbindungen aller Art mit sozialdemokratischer, sozialistischer oder kommunistischer Tendenz  
Quelle: L. Stern (Hsg.), Archivalische Forschungen , III/2, S. 704 f.
- 1.11.2 Nachweisung der sozialdemokratischen Agitatoren in Dortmund  
Quelle: L. Stern (Hsg.), Archivalische Forschungen , III/2, S. 706 ff.
- 1.11.3 Nachweisung der im Bezirke Dortmund erscheinenden periodischen Druckschriften mit sozialdemokratischer Tendenz  
Quelle: L. Stern (Hsg.), Archivalische Forschungen , III/2, S. 742 f.
- 1.12 Regierungsrat Walter (Arnsberg) an den Innenminister in Berlin über sozialdemokratische Versammlungen in Blankenstein, Kreis Hattingen  
Arnsberg, den 3. Juli 1885  
Quelle: Staatsarchiv Münster, Oberpräsidium Nr. 2693, Bd. 1, Bl. 263 ff.  
Druck: K. A. Hellfaier, Probleme und Quellen , S. 181 ff.
- 1.13 Regierungs-Assessor Bredow (Arnsberg) an den Oberpräsidenten von Westfalen in Münster/W. über den Stand der sozialdemokratischen Bewegung im Regierungsbezirk Arnsberg  
Arnsberg, den 27. Mai 1890  
Quelle: Staatsarchiv Münster, Oberpräsidium Nr. 2693, Bd. 2, Bl. 123 ff.  
Druck: K. A. Hellfaier, Probleme und Quellen , S. 186 ff.
- 1.14 Übersicht der sozialdemokratischen Versammlungen in der Stadt Dortmund im Winterhalbjahr 1889/90  
Quelle: Staatsarchiv Münster, Oberpräsidium Nr. 2693, Bd. 2, Bl. 139 ff.  
Druck: K. A. Hellfaier, Probleme und Quellen , S. 207 ff.
2. **Selbstbehauptung**
- 2.1.1 Pressebericht über ein Arbeiterfest am 11. Juni 1878 in Dortmund  
Quelle: Westfälische Freie Presse, Nr. 56 (13. 6. 1878) Dortmund, den 11. Juni 1878

- 2.1.2 C. W. Tölcke: Ein ernstes Wort an Freund und Feind  
Dortmund, den 10. Juli 1878  
Quelle: Westfälische Freie Presse, Nr. 68 (11. 7. 1878)
- 2.1.3 C. W. Tölcke: In hundert Jahren  
Quelle: Westfälische Freie Presse, Nr. 70 (16. 7. 1878)
- 2.2 Bürgermeister Vattmann (Gelsenkirchen) an die Regierung von Arnsberg (27. Mai 1878)  
betreffend: Bewegung der Sozialdemokratie  
Quelle: L. Stern (Hsg.), Archivalische Forschungen , III/2, S. 710 ff.
- 2.3.1 C. W. Tölcke: Aus Westdeutschland  
Anfang September 1881  
Quelle: Sozialdemokrat (Zürich), Nr. 39 (22. 9. 1881), Nr. 40 (29. 9. 1881)
- 2.3.2 Der rote Unverbesserliche: (Bericht über die Agitation in Dortmund)  
Dortmund, den 15. April 1884  
Quelle: Sozialdemokrat (Zürich), Nr. 18 (1. 5. 1884)
- 2.3.3 J. P.: (Bericht über die Beerdigung des Genossen Fritz Tölcke)  
Quelle: Sozialdemokrat (Zürich), Nr. 25 (19. 6. 1884)
- 2.3.4 Gr: Zur Lage der Arbeiter im westfälischen Kohlenrevier  
Münster/W., im Dezember 1884  
Quelle: Sozialdemokrat (Zürich), Nr. 51 (18. 12. 1884)
- 2.3.5 Wilhelm: (Über die Situation im Ruhrgebiet)  
Dortmund, im November 1886  
Quelle: Sozialdemokrat (Zürich), Nr. 49 (3. 12. 1886)
3. **Reorganisation**
- 3.1 Verzeichnis derjenigen Personen im Regierungsbezirk Arnsberg, welche als Führer und Agitatoren der sozialdemokratischen Partei bekannt sind (Auszug: Ort, Name, Beruf, Alter)  
Arnsberg, den 17. Februar 1891  
Quelle: Staatsarchiv Münster, Oberpräsidium Nr. 2693, Bd. 2, Bl. 270 ff.
- 3.2 Pressebericht über den 1. Westfälischen Provinzialparteitag am 6. 12. 1891 in Dortmund  
Quelle: Westfälische Freie Presse, Nr. 289 (9. 12. 1891)
- 3.3 Regierungsrat Bredow (Arnsberg) an den Präsidenten des Innenministeriums in Berlin über den Stand der sozialdemokratischen Bewegung im Regierungsbezirk Arnsberg (Auszug)  
Arnsberg, den 28. Oktober 1892  
Quelle: Staatsarchiv Münster, Oberpräsidium Nr. 2694, Bd. 1, Bl. 434 ff.
- 3.4 Pressebericht über eine Wahlkampfveranstaltung mit Bebel und Tölcke am 29. April 1893 in Dortmund  
Quelle: Rheinisch-Westfälische Arbeiter-Zeitung, Nr. 102 (3. 5. 1893)

**Bericht des Oberbürgermeisters Dr. Hermann Becker (Dortmund)  
an die Regierung in Arnsberg**

Dortmund, den 1. Februar 1878

„... Zu dem in Berlin domizilierenden Allgemeinen Arbeiter-Verein haben seit etwa 4 Jahren auch hier wohnende, resp. sich aufhaltende Handwerksgehilfen und Arbeiter förmlich ihren Beitritt angezeigt, sowie die Statuten und das Mitglieder-Verzeichnis der hiesigen Ortspolizeibehörde eingereicht. Allgemein politische Fragen in öffentlichen Versammlungen zu erörtern, versuchten sie zuerst während des Krieges, besonders seit September 1870, so daß die Voraussetzung entstand, daß die „Internationale“ von Genf aus dazu die Anregung gegeben. Die dieser Partei damals hier mächtig entgegenstehende öffentliche Meinung veranlaßte sie aber, die politischen Fragen wieder ruhen zu lassen. Wie fast an allen Orten, wo der „Allg. Deutsche Arbeiter-Verein“ Mitglieder zählt, so sind auch in hiesiger Stadt im Laufe der Zeit von den verschiedenen Bevollmächtigten verhältnismäßig viele öffentliche Versammlungen einberufen und abgehalten worden, in welchen politische und socialische(!) Gegenstände in der allgemeinen bekannten Art und Weise der Berliner Social-Demokraten besprochen worden sind. Diese Volks-Versammlungen wurden am häufigsten abgehalten, wenn größere Streiks, öffentliche Wahlen und dergleichen auf die Massen eine größere Anziehungskraft ausübten. Sie waren mitunter stark besucht, allerdings auch zum großen Teil von solchen Personen, die weder den Vereinen angehörten, noch den Tendenzen der Social-Demokraten huldigten, vielmehr nur aus Neugierde und weil sie an den einzelnen Skandalreden sich belustigen wollten, hingegangen waren. Diese Versammlungen sind seit vorigem Jahre regelmäßig durch den Polizei-Commissar Schröder überwacht worden. Es hat sich dabei herausgestellt, daß die Urheber, Leiter und Redner die Bestimmungen der Verordnung über das Vereins- und Versammlungswesen vom 11. März 1850 genau inne zu halten suchten, so daß ein Anlaß zur Auflösung nicht geboten erschien. Indessen glaube ich, daß die im Gesetz vorgesehenen Fälle nicht ausreichen, wenn die Befugnis zur Auflösung ein Mittel sein soll, um sittlich verwerfliche Agitationen(!) zu unterbrechen. Die socialen Mißverhältnisse, die Wirksamkeit der gesetzgebenden Faktoren und die Organe des Staates können in einer Weise dargestellt werden, daß der Staatsanwalt ganz gewiß, sei es von Amts wegen oder unter Voraussetzung eines Antrages, Anklage erheben würde, nur nicht wegen „Aufforderung oder Anreizung zu strafbaren Handlungen.“ Eine nachträgliche Verfolgung eines einzelnen wegen einer Rede macht auf die Massen fast gar keinen Eindruck, wohl aber würde es einen Eindruck machen, wenn, sobald der Redner durch seinen Vortrag ein Vergehen begangen, durch die unverzügliche Schließung der Versammlung die Ausschreitung als solche bezeichnet und deren Bestrafung angekündigt würde. Jetzt kann der Polizeibeamte zwar auch wegen mancher Vergehen, z. B. gemäß § 130 des Strafgesetzbuches in flagranti gegen die Person des Redners einschreiten, d. h. ihn verhaften. Das hat aber meist seine großen Bedenken, wenn er vielen hundert Menschen gegenüber im höchsten Falle nur noch einen zweiten Polizeibeamten zur Seite hat. Er wird sich also in den meisten Fällen darauf beschränken, die strafbaren Aeußerungen zu notieren. Nun aber dürfte das gerade die schlimmste Seite der Sache sein, daß, wenn in Gegenwart der Polizeibeamten

fortgesetzt strafbare Aeußerungen fallen, ohne daß die Auflösung der Versammlung erfolgt, die ungebildeten Zuhörer meinen, solche Aeußerungen seien jetzt ganz zulässig, und Respekt vor den Organen der Obrigkeit sei nicht mehr nötig. Wenn die Gesetzgebung in dieser Richtung einen Schritt tun möchte, so dürfte gleichzeitig ein zweiter sich dahin empfehlen, daß den Gast- und Schankwirten die Erlaubnis zum Gewerbebetrieb auch dann entzogen werden könnte, falls sie gesetzlich verbotene oder gerichtlich geschlossene Vereine bei sich aufnehmen, oder Versammlungen, von denen sie wissen, daß solche den gesetzlichen Bestimmungen über das Versammlungsrecht nicht entsprechen, bei sich dulden. Wie E. H. bekannt, schwebt hier zur Zeit eine gerichtliche Untersuchung – (von der Dortmunder Polizeiverwaltung veranlaßt) – gegen den Vorstand des hiesigen Ortsvereins der Social-Demokraten, die voraussichtlich, wie ich hoffe, mit Schließung dieses Vereins enden wird. Was sodann nun die Tätigkeit der Social-Demokraten bei den jüngsten Wahlen zum Reichstage betrifft, so habe ich die Wahrnehmung gemacht, daß dieselbe auf guter Organisation beruhte und sich mit großer Rührigkeit vollzogen hat. Neben dem „Allg. Deutschen Arbeiter-Verein“ bestehen kleinere Vereinigungen unter den Arbeitern einzelner Gewerbe mit äußerlich selbständigen Organisationen, aber in Wirklichkeit nur als Abteilungen des Allg. Deutschen Arbeiter-Vereins. Ihr ostensibler Zweck ist die Vertretung der Berufsgenossen in den Verhältnissen zum Arbeitgeber; daneben läuft aber auch noch der Zweck, die Tätigkeit des Allg. Deutschen Arbeiter-Vereins, wo dessen Lokalverband aufgelöst wird, ununterbrochen fortzusetzen. Solche Spezialvereine bestehen hier unter den Zimmerleuten, den Maurern und Steinhauern und den Formern. Einige Aehnlichkeit mit denselben hatten die hiesigen „Ortsvereine“, z. B. der Maurer, der Eisenhüttenarbeiter und Sattler, die reine „Gewerkvereine“ Hirsch-Dunckerscher Richtung waren, aber bis auf den Ortsverein der Brauer schon seit einigen Jahren verschollen sind. Diese hatten als Vereinsorgan die in Berlin erscheinende Wochenschrift „Der Gewerk-Verein“, während die gegenwärtig bestehenden besonderen Arbeiter-Vereine ihren Mitgliedern das Abonnement auf den von Hasselmann in Berlin herausgegebenen „Neuen Sozialdemokrat“ aufgeben, so daß deren Zusammenhang mit dem Allg. Deutschen Arbeiter-Verein unter dem Präsidium von Hasenclever auch hierin hervortritt. Wenn die Schließung des Hauptvereins Erfolg haben soll, so muß gleichzeitig mit diesen Filialen aufgeräumt werden. Die socialdemokratische Fraktion Bebel-Liebknicht, deren Organ der „Volksstaat“ in Leipzig ist, hat im vorigen Herbst einmal einen Vertreter hierher geschickt, den Buchbinder Raspe (Essen). Derselbe konnte aber keinen Boden gewinnen, weil die Mitglieder der Hasencleverschen Fraktion die Versammlung, welche er einberufen hatte, gleich bei der Bildung des Büros zur Auflösung brachten. Die bei den jüngsten Nachwahlen zum Reichstag hervorgetretene Verständigung zwischen den Ultramontanen und den Sozialdemokraten ist auch hier vorbereitet gewesen. Personen, welche auf Anregung des Kaplan Löhers die Wählerlisten nachsahen, hatten Verzeichnisse von Personen bei sich, deren Nachtragung sie, falls solche in den Listen fehlten, beantragen sollten. In diesen standen zwischen den Namen von Ultramontanen auch Namen von Sozialdemokraten und zwar mit der Bezeichnung „Soz.-Dem.“ oder „Soz.“

Der Oberbürgermeister  
Becker“

**Bericht des Oberbürgermeisters Dr. Hermann Becker (Dortmund)  
an die Regierung in Arnberg**

Dortmund, 3. Spetember 1874

Nachdem die Lokalvereinigung der hiesigen Mitglieder des zu Berlin domizilierenden „Allg. Deutschen Arbeiter-Vereins“ durch Erkenntnis des Kgl. Kreisgerichts hierselbst vom 23. Juli 1874 geschlossen, hat der Beschwerdeführer, der hier als Bevollmächtigter des gedachten Vereins längere Zeit fungierte, die Vereinstätigkeit nicht eingestellt, vielmehr zahlreiche öffentliche Versammlungen nach vorheriger vorschriftsmäßiger Anzeige derselben abgehalten. Bei der polizeilichen Ueberwachung dieser Versammlungen stellte sich heraus, daß dieselben nichts weiter als eine fortgesetzte Tätigkeit des gerichtlich geschlossenen Lokalvereins bildeten. So wie dieses nun in jedem einzelnen Falle festgestellt worden, sind die Versammlungen durch die überwachenden Polizeibeamten dem ihnen erteilten Auftrag zufolge (!) aufgelöst worden. Die desfallsigen Verhandlungen wurden dann regelmäßig der Kgl. Staatsanwaltschaft hierselbst zur weiteren strafrechtlichen Verfolgung eingesandt. Durch die von dieser Behörde hierauf wider den Beschwerdeführer und seine Genossen erhobene Anklage ist nun allerdings durch das Kgl. Kreisgericht ein freisprechendes Urteil erlassen, allein gegen dasselbe auch sofort seitens der Kgl. Staatsanwaltschaft die Appellation eingelegt, und ist wohl mit Sicherheit zu erwarten, daß diese freisprechende Entscheidung durch ein verurteilendes Erkenntnis der II. Instanz ersetzt wird. Im Einverständnis mit der Kgl. Staatsanwaltschaft ist in der polizeilichen Behandlung dieser Angelegenheit eine Aenderung nicht eingetreten. Spätere drei Versammlungen, immer von dem Beschwerdeführer angemeldet, sind wie die früheren und aus denselben Gründen polizeilich aufgelöst worden. Bei gleicher Lage der Sache wird solches auch ferner geschehen müssen. Ich bitte den Beschwerdeführer abzuweisen.

Der Oberbürgermeister: Becker.

Quelle: R. Umbreit, Beiträge . . . , S. 25

**Der Oberstaatsanwalt Irgahn (Hamm) an den Justizminister in Berlin:  
Material bezüglich der sozialdemokratischen Frage**

Hamm, den 13. Juni 1878

Um die sozialdemokratischen Umtriebe auch im Departement Hamm durchgreifend zu verfolgen, habe ich sogleich am Tage meines Amtsantritts am 1. ds. Mts. an sämtliche Staatsanwälte des Departements Hamm, gleichzeitig auch im Bezirke Paderborn Verfügungen dahin erlassen, schleunigst die bestehenden Vereine und sonstigen Erscheinungen, sowie die Agitatoren und Führer zu ermitteln und mir anzuzeigen, zu berichten, ob Arbeitgeber infolge des Attentats sich zur Entlassung sozialdemokratischer Arbeiter aufgerafft haben, mit ganzer Aufmerksamkeit und Energie die Handhaben der Gesetze gegen jene Umtriebe in Anwendung zu bringen und von jeder Anklage auf diesem Gebiete mir Anzeige zu erstatten. Nach dem 2. Attentat vom 2. Juni habe ich weiter angeordnet, sämtliche aus Veranlassung der beiden Attentate begangenen Majestätsbeleidigungen mir sofort anzuzeigen, in diesen Fällen stets mit Verhaftung und hohen Strafanträgen vorzugehen und die Aburteilung stets in den nächsten Tagen zu erwirken. Das hierdurch bisher ermittelte Resultat verfehle ich nicht, Ew. Exzellenz als Material über die gegenwärtig legislatorisch behandelte Frage ganz gehorsamst zu unterbreiten.

Es bestehen in den Fabrikbezirken der ganzen Provinz vielfach sozialdemokratische Hinneigungen, insbesondere in den Zigarrenfabriken, Tischlereien, bei den Zimmerleuten, Eisenarbeitern, Bergleuten usw. Beispielsweise ist in Iserlohn eine Gewerkschaft für Schreiner und Zimmerleute in der Bildung begriffen. In Dortmund bestehen: ein sozialdemokratischer Wahlverein, Vereine der Tischler, Klempner, der Schuhmacher, der Maurer und Steinhauer, der Former, allgemeiner Bergverein; in Schwelm: ein Verein der Holzschraubenarbeiter; in Minden: sozialdemokratischer Wahlverein, Tabaksarbeiterverein, Schneider-, Klempner-Spengler-Verein, Schuhmacherverein; in Bochum: Arbeiterwahlverein; in Gelsenkirchen: der Rheinisch-Westfälische Arbeiterbund, der Verein »Schlägel und Eisen« usw. Als Agitatoren sind u. a. bekannt der Volksanwalt Tölcke, früher in Iserlohn, jetzt in Dortmund, der Bergmann Heinrich Wiemer, der Modelleur Pilger, Ipscher (hielt in Unna und Soest Versammlungen ab), Schuhmachergeselle Gold, früher in Camen, jetzt in Dortmund, Riemer und Redakteur Kuhl, Schneider Bönsch (Stadtverordneter), Schneider Kalbfleisch, Bergmann Schröder, Redakteur Ostemann, G. Heimann, sämtlich in Dortmund, Karl Klein aus Barmen, Buchbinder Raspe, Tischlergeselle Seelig, Redakteur Strumpfen, Hasselmann aus Elberfeld, Eisenbahnstellmacher Bomeier, Dienstmann van Aaken, Schneider Siepert, Falter, Metallarbeiter Schneider zu Minden, in Bochum Agent Geldbach und eine große Anzahl andere Personen. Es ist bemerkt worden, daß namentlich Berliner Arbeiter, z. B. Möbelarbeiter, sozialdemokratische Ideen in hiesige Gegenden einführen. Die Ausschließung sozialdemokratischer Arbeiter seitens der Fabrikherren gewinnt an Ausbreitung und wird sich voraussichtlich verallgemeinern, sobald die Arbeitgeber in energischen gesetzlichen Maßregeln ihre Stütze sehen. Abgesehen von

Krupp in Essen, haben neuerdings die Union in Dortmund, verschiedene Zigarrenfabrikanten in Werther bei Bielefeld (Brandes, Spude), sozialdemokratische Arbeiter ausgeschlossen; infolgedessen haben beispielsweise 27 Arbeiter des Brandes schriftlich ihren Austritt aus dem Verein angezeigt und sind in den Fabriken wieder angenommen. Auch die Fabrikbesitzer in Lippstadt, z. B. Hegelmann, Heye, haben erklärt, keinen Sozialdemokraten ferner als Arbeiter beschäftigen zu wollen. In Dortmund haben jetzt die Repräsentanten von 15 Bergwerken die Ausschließung erklärt, ferner die Fabrik Wagner & Comp. (und zwar durch öffentlichen Anschlag). In Hagen sind die Fabrikbesitzer im Begriff, sich zu gleichem Zwecke zu vereinigen. Ferner Gutehoffnungshütte Aktienverein zu Oberhausen (Duisburg). In Hamm haben die Direktionen der Westfälischen Union und des Westfälischen Draht-Industrie-Vereins erklärt, daß sie Sozialdemokraten sofort entlassen würden. In Essen hat der Verein für Bergbauliche Interessen eine Konferenz anberaumt zur Beschlußfassung über Entlassung sämtlicher sozialdemokratischer Arbeiter. Zu gleichem Zwecke haben andere Arbeitgeber in Essen eine Versammlung angesetzt. In Bochum sind ähnliche Versammlungen im Gange. Die Vertreter der industriellen Werke des Gelsenkirchener Bezirkes (über 16 000 Arbeiter) haben sich gestern zu einem energischen Aufruf an die Arbeiter vereinigt, von dem ich mir erlaube, Abschrift hier beizulegen.

Auch die Gastwirte fangen an, ihre Lokale für die sozialdemokratischen Versammlungen zu verweigern, z. B. in Bochum bezüglich einer am 2. ds. Mts. von den Agitatoren Tölcke und Kuhl anberaumten Versammlung, welche dadurch vereitelt wurde. Es ist bereits wahrgenommen, daß infolge des durchgreifenderen Einschreitens jetzt im hiesigen Bezirke die Versammlungen überhaupt weniger besucht werden und Mutlosigkeit bei den Sozialdemokraten Platz greift.

Die Anführung sonstiger Spezialien dürfte hier zu weit führen. Soweit ich es bis jetzt übersehen kann, sind auch die Staatsanwälte des Departements Hamm an der Hand der allerdings unzureichenden Gesetze kräftig eingeschritten, und diese Überwachung hat offenbar eklatante Ausschreitungen verhindert; desto gefährlicher erscheint das geheime Treiben, von dem die häufigen auf die beiden Attentate bezüglichen Majestätsbeleidigungen und andere Ausbrüche deutliche Symptome bilden. In letzterer Beziehung gestatte ich mir, folgende Fälle beispielsweise zu berichten, wobei ich die gebrauchten Ausdrücke zur Kennzeichnung der Auffassung der politischen Verhältnisse seitens der Sozialdemokraten nicht verschweigen darf; wo in Nachstehendem spezielle Äußerungen nicht angeführt sind, laufen sie auf unehrerbietige Ausdrücke und freches Bedauern über das Mißlingen der Attentate hinaus. Die folgenden Personen sind fast sämtlich sofort verhaftet (in Essen allein 11 Personen) und bereits angeklagt:

1. Der Schneider Prinz zu Essen äußerte:

»Die alten Calviner, wenn der alte Wilhelm nicht Calviner wäre, wäre es gewiß besser mit uns. Der alte calvinische Lump. Ihr dummen Hessen, jetzt haben wir das Ziel erreicht; der Alte hat jetzt seinen Teil.«

Er ist heute bereits zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt.

2. Der Fabrikarbeiter Ludwig aus Essen äußerte am 2. Juni: »Meinetwegen können sie den Kaiser beschissen haben. Für 100 Mk erschieße ich auch einen.« Er ist heute zu 2½ Jahren Gefängnis verurteilt.

3. Der Häusler Winnenfeld zu Essen äußerte am 3. Juni: »Es wäre gut gewesen, wenn die Kugel den Kaiser getroffen hätte. Er bedaure sehr, daß der Kaiser nicht totgeschossen sei.«  
Er ist heute zu 2½ Jahren Gefängnis verurteilt.
4. Der Maurer Köchling zu Dortmund äußerte:  
»Es ist schade, daß der Kaiser nicht getroffen ist, dann wäre mancher Bau-gefangener freigekommen.«  
Köchling ist am 5. Juni zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilt.
5. Rangierer Friedrich Müller zu Hagen äußerte am 2. Juni:  
»Das schadet dem Kaiser nichts; dann brauchen wir nicht so viele Steuern zu bezahlen!«  
Er ist sofort angeklagt und bereits am 6. Juni zu 1 Jahre Gefängnis verurteilt.
6. Ehefrau des Kutschers Hotzer aus Dortmund nannte am 5. ds. Mts. zu Essen den Kaiser »so ein dummes Luder«.  
Sofort angeklagt, ist sie bereits am 11. zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt.
7. Mauremeister Borgolte zu Höxter, hervorragend bei der ultramontanen Partei beteiligt, äußerte:  
»Das ist recht, sie haben wieder auf den Alten geschossen, aber nicht recht getroffen, er ist noch nicht reif dazu.« Auf die Kunde hiervon am 11. ds. Mts. habe ich sofort bei meiner amtlichen Anwesenheit in Paderborn einen Beamten der Staatsanwaltschaft nach Höxter entsendet, um der an demselben Tage stattfindenden Beweisaufnahme beizuwohnen, evtl. sofort Anklage zu erheben und bei dem Kreisgericht Höxter zu erwirken, daß sogleich andern Tages erkannt werde. Demgemäß ist verfahren. Borgolte ist bereits am 12. d. Mts zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.
8. Der ultramontane Maurer Pint zu Dortmund äußerte in bezug auf das erste Attentat:  
»Es ist schade, daß der Kaiser nicht getroffen ist; dann wären die Katholiken ihre Plagen los; der Kaiser sei schuld daran, daß die Zeiten so schlecht wären, und hätte auch die Mönche und die Nonnen aus dem Lande getrieben.«  
Er ist bereits am 4. d. Mts. verurteilt.
9. Der Fabrikarbeiter Targau zu Annen bei Dortmund hatte am 2. Juni abends seine Freude ausgedrückt, daß das Attentat mißglückt sei, und den Wunsch hinzugefügt, daß Sr. Majestät wieder genesen möge. Hierüber erzürnt, ergriffen die Bergleute Sicher und Scoda ihre Messer und brachten dem Targau fünf lebensgefährliche Stiche bei; beide sind Mitglieder des katholischen Vereins Concordia zu Annen, der unter Leitung des dortigen Pfarrers Rubarth steht. Sie sind sofort verhaftet.
10. Der Bergmann Schomberg zu Dorstfeld bei Dortmund.
11. Der Fabrikarbeiter Knappke zu Iserlohn äußerte:  
»Es ist schade, daß der Kerl nicht getroffen ist.«  
Ähnliche Äußerungen taten am 3. Juni:
12. Der Schreiner Wohlmeiner zu Iserlohn.
13. Der Heizer Gerlach zu Altena.
14. Die Ehefrau Haararbeiter Kleine zu Altena.
15. Der Fabrikarbeiter Friedrich Scheidt zu Iserlohn äußerte in der Trunkenheit:  
»Er sei Sozialdemokrat, er kenne den Nobiling wie seinen Bruder, und die Schrotkörner seien vergiftet.«

- Er wurde hierauf von den Gästen aus dem Wirtshause hinausgeworfen. Die Ermittlungen ergaben keine Mitwisserschaft mit Nobiling, sondern nur eine freche Renommage.
16. Schreiner Buchholz zu Iserlohn.
  17. Schriftsetzer Petry zu Lüdenscheid.
  18. Anstreichergeselle Steinhoff zu Essen:  
»Ich bin Sozialdemokrat und gehe zu den Versammlungen nach Düsseldorf; noch eine zehn Tage, dann wird es ganz anders werden, in England sind wir schon flott im Gange; der Kaiser ist selbst schuld daran, daß es ihm jetzt so schlecht geht, er hat schon viel Unheil angerichtet, wenn er tot ist, wird es anders kommen; mit dem Kronprinzen werden wir auch schon fertig werden.«
  19. Bäcker Bresgen zu Bocholt (Essen):  
»Es ist gut, wenn das Oberhaupt fort ist, dann kommen bessere Zeiten.«
  20. Lithograph Unterhalt aus Steele (Essen).
  21. Bäckerlehrling Brandenburg aus Holsterhausen (Essen).
  22. Bergmann Brinkmann aus Rotthausen (Essen).
  23. Fabrikarbeiter Knapke aus Holthausen (Essen).
  24. Fabrikarbeiter Heinrich Meyer aus Altendorf (Essen).
  25. Fabrikarbeiter Morwinsky aus Holsterhausen (Essen).
  26. Fabrikarbeiter Meyer (Hannoveraner) zu Cronenberg (Essen):  
»Ich bin bereit, den Kaiser zu jeder Zeit vom Throne zu schießen und besser aufs Korn zu nehmen, besonders da mein Land und Volk (Hannover) vom Kaiser betrogen ist.«
  27. Arbeiter Globig zu Oberhausen (Duisburg).  
Zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt.
  28. Arbeiter Schilling aus Friemershausen (Duisburg).  
Zu 1 Jahr verurteilt.
  29. Commis Schuhmacher zu Hagen  
ist wegen seiner Äußerung schon zu einem Jahre Festung verurteilt.
  30. Gärtner Wiegandt aus Vörde (Hagen).  
Zu 2 Jahren verurteilt.
  31. Schießbudenbesitzer Schneider aus Soest äußerte am 7. d. Mts. zu Meinertzhagen (Hagen):  
»Nach zwei Jahren sind die Hohenzollern sämtlich unter dem Messer, und wir Sozialdemokraten sind dann Herren.«
  32. Schlosser Buchholz zu Eikesey (Hagen):  
»Der Kaiser bekommt zuviel Gehalt, er soll mehr arbeiten und auch wenig verdienen.«  
Buchholz ist Sozialdemokrat.
  33. Zimmermann Schirnack zu Dortmund, ausgesprochener Sozialdemokrat, sofort angeklagt und bereits am 12. d. Mts. zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt.
  34. Arbeiter Bernhard Stefan Wulf zu Bövinghausen (Dortmund), bereits am 12. d. Mts. zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilt, zur ultramontanen Partei gehörend.
  35. Landwirt Heinrich Holtmann zu Echtrop (Soest), bereits verurteilt.
  36. Schneidermeister Wilhelm Hugo zu Unna.
  37. Zigarrenmacher Kämper zu Soest.
  38. Knecht Brinkmann zu Warmen (Hamm).

39. Ökonom Heinrich Franke zu Unna.
40. Eisenbahnarbeiter Wilhelm Bäcker zu Unna:  
»Sie kommen alle dran, der Kaiser mitsamt dem Kronprinzen.«
41. Barbier Schnelle aus Herne (Bochum).
42. Bergmann Bumer aus Wattenscheid (Bochum).
43. Berginvalid Ehberg aus Blankenstein (Bochum).  
Zu 1 Jahr verurteilt.
44. Schuster Decker aus Bochum.
45. Schneider Hempel aus Bochum.  
Beide ausgesprochene Sozialdemokraten.
46. Mühlenbauer Goldmacher aus Hattingen (Bochum).
47. Arbeiter Krzykalla aus Braubauerschaft (Bochum).
48. Johann Dahmen aus Hamme (Bochum).
49. Bergmann Fischer aus Werne (Bochum).
50. Der Schiffer Mieke zu Minden äußerte am 3. im Wirtshaus nach dem Attentat vom 2.:  
»Wenn weiter nichts ist! Der Mann hat Courage gehabt! Solche Leute müßten wir mehrere haben! So muß es kommen: Den Hohen müssen die Köpfe herunter! Sonst wird es nicht besser.«  
Mieke ist sofort angeklagt und bereits am 7. ds. Mts. zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt; ich habe den Staatsanwalt angewiesen, behufs Straferhöhung zu appellieren.
51. Der Handarbeiter Friedrich Schmidt im Kreise Lübbecke.
52. Der Zigarrenmacher Schröder zu Rehme, Kreis Minden.
53. Der Zigarrenmacher Hölscher, ebendasselbst:  
»Das ist nichts, wenn ich den König aus der Mitte der Kegel werfe, dann ist er weg; unser König ist nichts besser, wie ich, er muß sich ebensogut mit Bohnen- und Erbsensuppen begnügen können, wie ich. Ich bin Sozialist und werde mich von meinem Vereine nicht wieder trennen.«
54. Dienstmann van Aaken zu Minden.
55. Ziegeleibesitzer Graunemann bei Bölkhorst, Kreis Minden:  
»Fürsten sind überflüssig, wir brauchen keine zu haben.«
56. Handarbeiter Friedrich Schmidt zu Wehe, Kreis Lübbecke:  
»Kaiser Wilhelm muß fort, dann komme ich« (soll heißen meine Partei) »ans Ruder; es dauert noch eine kurze Zeit, aber erst muß Wilhelm fort.«
57. Klempnermeister Lassmann zu Bielefeld.  
Zu 8 Monaten verurteilt.
58. Dessen Geselle Stellbrink aus Minden.
59. Arbeiter Christoph Hessta zu Werther, Kreis Halle i. W.
60. Zigarrenarbeiter Kuhlmann zu Werther, aus Detmold gebürtig.
61. Zigarrenarbeiter Heitkamp zu Herford.
62. Schneidergeselle Wust zu Bünde (Herford).
63. Korbmachergeselle Hagemann zu Bielefeld.
64. Zigarrenmacher Breust zu Werther.
65. Kaufmann Veen aus Vlotho (Minden):  
»Die Hohenzollern müssen alle dran.«
66. Metzger Ruwe zu Bielefeld.
67. Schuhmachergeselle Garbreck zu Höxter.

68. Der Ackersmann Anton Rüsing zu Lichtenau, Kreis Büren.
69. Fabrikarbeiter Knappke zu Holthausen (Essen):  
»Ich wollte, daß sie den Schweinehund totgeschossen hätten, der allein schuld ist, daß keine Arbeit da ist.«
70. Schneider Hugo aus Unna.
71. Heizer Gerlach zu Altena (Iserlohn):  
»Ich bin auch Sozialist, ob man einem Vogel den Kopf abreißt oder den Kaiser totschießt, ist alles einerlei. Der Kaiser ist so gut wie wir.«
72. Bergmann Brinkmann zu Rotthausen (Essen).

Außer diesen bereits zur gerichtlichen Kognition gekommenen Fällen liegen bei den Staatsanwaltschaften noch verschiedene andere Anzeigen vor, welche noch der Aufklärung bedürfen, und es gehen noch fortwährend neue Anzeigen ein. Die oben referierten Fälle werden indessen genügen, um einen Belag dafür zu bilden, welches ungeheure Verderbnis die sozialdemokratischen Tendenzen im Volke bereits angerichtet haben und in wie hohem Maße der Patriotismus und der Sinn für Autorität und Ordnung bereits zerstört ist. Die Gefahr, auf deren Herannahen ich auf Grund meiner praktischen Erfahrungen in meinen Jahresberichten von Paderborn aus stets aufmerksam zu machen mich verpflichtet erachtet habe, ist da.

Wie es die sozialdemokratische Partei in nunmehr offenkundiger Weise auf Vernichtung des Staates und der Dynastie abgesehen hat, so dürfte nach meinem ehrerbietigen Ermessen zur Ausrottung des Übels nunmehr für den Staat nichts übrigbleiben, als diesen inneren Feind zuvorzukommen und ihn dadurch zu vernichten, daß sozialdemokratische Vereine und Versammlungen im Deutschen Reiche, wie es ähnlich mit den Jesuiten geschehen, verboten werden und jede Beteiligung unter hohe Strafe gestellt werde.

Das wichtigste Verführungsmittel, wichtiger als Versammlungen, ist die Presse, mit deren Erzeugnissen bekanntlich die Arbeiter massenhaft überschüttet werden und welche von diesen, weil ihnen geschmeichelt wird, mit Begierde gelesen werden. Hier aber ist der Punkt, wo die Staatsanwaltschaft trotz allen Eifers wegen mangelnder Gesetze gelähmt ist. § 131. des StGB reicht mit seinen beschränkenden Bestimmungen nicht aus und trifft nicht das eigentliche Vergehen, wodurch die sozialdemokratische Presse vergiftend wirkt. Dieses besteht vielmehr in konsequenter Schmähung der Staatseinrichtungen und der Obrigkeit, nicht minder in Anreizung des Volkes gegen andere Volksklassen, – Vergehen, gegen welche der Staat und die Staatsangehörigen früher stets, namentlich durch § 151. Tit. 20 Tl. II, A.L.R., demnächst durch die §§ 100, 101 des Pr.Str.G.B. vom 14. April 1851 geschützt waren. Wie ich bezüglich der ultramontanen Presse in meinen Berichten von Paderborn aus stets auszuführen mich verpflichtet gehalten habe, so gestatte ich mir auch hier, der von der gesamten Staatsanwaltschaft des Landes geteilten Überzeugung Ausdruck zu geben und als mein ceterum censeo zu wiederholen, daß nur die Wiederherstellung dieser oder ähnlicher Bestimmungen, für deren Notwendigkeit doch endlich auch die Reichsvertretung ihr Auge nicht mehr verschließen kann, dem wachsenden Unheile steuern kann.

Nachträgliche Anzeigen (nach Abgang vorstehenden Berichtes):

73. Schreiner Küper zu Essen.
74. Schreiner Morwinski:  
»Wenn ich nichts zu leben hätte, würde ich auch auf den Kaiser schießen, wenn ich dadurch meine Familie glücklich machen könnte, dadurch werden die oben vom Volke in Furcht gehalten.«
75. Fabrikarbeiter Kreny zu Lüdenscheid.
76. Knecht Howater zu Rüttenscheid (Essen).
77. Bergmann Lautermann zu Ostholz (Bochum).
78. Bergmann Jung zu Niedersprockhovel (Bochum).
79. Bergmann Nolle zu Niedersprockhovel (Bochum):  
»Das Staatsoberhaupt nutzt nichts. Das ganze Haus Hohenzollern ist eine Raubritter- und Hurenfamilie. Der Kaiser ist schuld daran, daß wir aus meiner Familie haben dienen müssen usw.«
80. Fabrikarbeiter Buchmüller zu Hattingen.
81. Dienstmagd Christine Müller zu Oberhausen (Duisburg).  
Bereits zu 1½ Jahren verurteilt.
82. Arbeiter Ziegler aus Wesel.  
Zu einem Jahr verurteilt.
83. Ehefrau des Lumpensammlers Augusto, katholisch (Essen):  
»Hätten sie den greisen Hund nur totgeschossen; er ist allein schuld daran, daß die Nonnen und Jesuiten vertrieben sind.«
84. Steinhauer Dunkloh aus Rodberg (Essen):  
»Ich gehöre zur Partei der Sozialdemokraten, die auf den Kaiser schießen; schade, daß er nicht besser getroffen ist.«
85. Schuhmacher Reinecke in Werne (Unna).
86. Klempner Stellbrink zu Bielefeld.  
Zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt.
87. Zigarrenarbeiter Bartheleyn zu Bosinghausen (Minden).
88. Barbier Ruippenberg zu Pr. Oldendorf (Lübbecke).
89. Schneider Harbont aus Minden.
90. Wirt Ferdinand van Kessel (Duisburg).

Quelle: Staatsarchiv Münster, Oberpräsidium Nr. 2693, Bl. 32ff.

Druck: K.A. Hellfaler, Probleme und Quellen . . ., S. 171 ff.

**Bericht des Oberstaatsanwalts Irgahn (Hamm) an den Oberpräsidenten von Westfalen in Münster**

Hamm, den 18. Juli 1878

Bei meinem Amtsantritt zu Hamm am 1. dieses Monats erkannte ich die Nothwendigkeit, gegen das sozialdemokratische Treiben innerhalb des Departements sofort einen energischen Feldzug zu eröffnen.

Über das bisherige Resultat gestatte ich mir, Euer Exzellenz, zur geneigten Orientierung hierbei Abschrift eines an den Herrn Justizminister erstatteten Berichts vom 13. dieses Monats ganz ergebens zu überreichen. Den königlichen Regierungen zu Arnsberg, Düsseldorf und Minden, mit denen ich zu gemeinsamem Handeln bereits in Verbindung getreten bin, habe ich ebenfalls von dem bisherigen Ergebnis Mitteilung gemacht. In dieser Woche gedenke ich, mich nach Dortmund zu begeben, auch um zu veranlassen, daß dem gefährlichen Blatte, der Westfälischen Freien Presse, schärfer entgegengetreten werde.

Da die Neigung zu Majestätsbeleidigungen förmlich den Charakter einer größeren Bewegung angenommen hat, so habe ich durch die Regierungsamtblätter zu Arnsberg, Düsseldorf und Minden zur Beachtung für das Publikum bekannt gemacht, daß in allen Fällen sofort Verhaftungen veranlaßt und vielfach Verurtheilungen bis zu fünf Jahren Gefängnis ergangen sind.

Irgahn

Quelle: Staatsarchiv Münster, Oberpräsidium Nr. 2693, Band 1, Blatt 31

**Protokollauszug der Kundgebung aller Industrieller und Gewerbetreibender Rheinlands und Westfalens gegen die sozialdemokratischen Bestrebungen. Rede des Sekretärs des Vereins für bergbauliche Interessen, Dr. Hermann Natorp.**

Düsseldorf, den 24. Juni 1878

Hochgeehrte Versammlung! Leider ist die Veranlassung, welche uns heute in diesen Räumen so zahlreich vereinigt hat, eine überaus traurige, wie schon unser Herr Präsident in beredten Worten hervorhob; es handelt sich dieses Mal nicht, wie wohl bei früheren Gelegenheiten, wenn wir uns hier versammelt hatten, nur um mehr oder weniger wichtige wirtschaftliche Gegenstände; es handelt sich um Ereignisse, die unser gesamtes staatliches und gesellschaftliches Leben bis in seine tiefsten Tiefen hinein erschüttert haben. M.H.! Wir sind in den letzten Wochen Zeugen gewesen der entsetzlichsten Vorgänge, von welchen ein Staat betroffen werden kann, und erschreckt fragen wir uns, fragt sich das ganze Land, und mit ihm die ganze übrige Welt: Was geht in Deutschland vor? An welcher Krankheit siecht unser Land? Stehen wir hier nur vor dem Wahnsinn einzelner Verbrecher, oder haben wir es mit einem im Geheimen schrecklich wirkenden Vernichtungsprocess zu thun, gegen welchen der Staat und seine einzelnen Glieder alle ihre Kräfte zusammenraffen müssen, wenn sie nicht zu Grunde gehen sollen?

So traurig es ist, so müssen wir doch unsere Ueberzeugung dahin aussprechen, dass das Letztere der Fall ist, dass wir es bei den scheusslichen Mordanfällen auf unsern allverehrten Kaiser Wilhelm nicht mit dem Wahnwitz Einzelner, sondern mit einer schweren Erkrankung des ganzen Organismus unserer Gesellschaft zu thun haben. So schwer es uns wird, wir können nicht anders, wenn wir unsere Augen nicht absichtlich gegen die Thatsachen verschliessen wollen; wir müssen in jenen Verbrechen, in der Schmach, die mit denselben dem deutschen Namen für immer angeheftet ist, den Ausfluss, die Folge der wüsten Hetzereien erblicken, die nun schon seit Jahren von Seiten der socialen Partei gegen unsern Staat, gegen unsere gesammten öffentlichen Einrichtungen, gegen Familie und Religion, gegen jede Autorität und jede Person, gegen Alles, was dem noch nicht ganz in sittlicher Verkommenheit untergegangenen Menschen heilig und werth sein muss, mit wachsender Frivolität verübt worden sind. Im ganzen Lande herrscht darüber nur Eine Stimme, nur Ein einmüthiges Urtheil, dass der Quell der Unthaten vom 11. Mai und 2. Juni in den Umtrieben jener Partei zu suchen ist.

Es ist selbstverständlich, dass die Presse dieser Partei sich empört zeigt über die schwere Anklage, welche die Nation gegen sie erhebt; sie schlägt den Ton sittlicher Entrüstung an über die Erbärmlichkeit dass man die Socialdemokratie für solche Verbrechen, wie jene Mordanfälle, verantwortlich machen will. Das ist dieselbe Presse, m. H., die sich so heute in das Gewand der Unschuld hüllt, die seit Jahren nichts anderes gethan hat, als ihre Leser an Mord- und Blutgedanken zu gewöhnen, dieselbe Presse, welche den blutdürstigen Marat der französischen

Revolution als einen Heiligen in den Himmel erhebt und noch vor Kurzem in ihrem „Neuen Blatt“ mit Behagen ein Bild von der Enthauptung Ludwigs XVI. vorführte, offenbar nicht in der Absicht, um bei ihren Lesern Abscheu gegen diese That zu wecken; dieselbe Partei, deren Vertreter Bebel am 25. Mai 1871, während das entsetzliche Blutbad der Pariser Commune noch nicht zu Ende war, im deutschen Reichstage erklärte, dass diese Orgie des Pariser Pöbels nur ein grosses Vorpostengefecht sei und die Hauptaction in Europa noch bevorstehe und bald der Ruf: „Krieg den Palästen, Friede den Hütten, Tod der Not und dem Müssig-gange“ von dem gesammten europäischen Proletariate werde erhoben werden, dieselbe Partei, deren Blatt, der „Volksstaat“, ausdrücklich erklärte, dass es sich solidarisch mit der Commune erachte und die Handlungen derselben jeder Zeit und gegen Jedermann zu vertreten bereit sei. Und nun stellt sich dieselbe Partei ganz erstaunt, dass ihre Theorien in die Praxis übersetzt werden! Trotz dieser und ähnlicher Aufreizungen soll es eine abscheuliche Lüge sein, wenn gegen die Socialdemokratie der Vorwurf erhoben wird, dass sie den Meuchelmord predige! (Sehr wahr!)

M. H.! Wir wissen ja auch wohl, dass die Socialdemokratie eine Partei ist mit unendlich vielen Schattirungen und dass nicht alle ihre Mitglieder von so scheusslichen Mordgedanken erfüllt sind, wie sie sich in den Frevelthaten eines Hödel oder Nobiling und in den Aeusserungen Einzelner während der letzten Wochen kundgegeben haben; wir wissen, dass es ein weiter Schritt ist von dem Redacteur eines socialistischen Winkelblattes, welcher über den „Normalarbeitstag“ oder über das „Recht auf Arbeit“ seine tiefen Gedanken zu Tage fördert, bis zu den Theorien eines Marx oder Bakunin, deren offen ausgesprochenes Ziel die Zerstörung der gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftsformen und der socialistische Zukunftsstaat ist. Aber m. H., es ist eine abschüssige Bahn, auf der sich diese Feinde des gegenwärtigen Rechtszustandes bewegen, und hat man einmal den Blick für die thatsächlichen Verhältnisse und für die Bedingungen des menschlichen Handelns verloren, so ist der Weg vom Reformen zum Socialisten, vom Socialisten zum Anarchisten kein weiter mehr, zumal nicht in Regionen, wo die Phrase eine so grosse Macht ausübt. (Zustimmung.) M. H., die „Bruderschaft der Locomotivführer“, welche in dem vorigen Jahre in dem furchtbaren amerikanischen Eisenbahnaufstande den zweiten Act der Pariser Commune aufführte, begann im Jahre 1863 als eine Gesellschaft zu gegenseitiger Unterstützung in Krankheitsfällen und zur Verbreitung der Mässigung im Genuss geistiger Getränke. Im Laufe von 14 Jahren waren also aus den ursprünglichen Mässigungsaposteln, den Temperenzlern, die Mordbrenner von Chicago herangewachsen.

Diesen ursächlichen Zusammenhang versucht die Socialdemokratie vergeblich zu bestreiten; es sind nur graduelle, nicht principielle Unterschiede, die zwischen den verschiedenen Kämpfern gegen die heutige Gesellschaft und deren Formen bestehen, und davon machen meines Erachtens – m. H., ich muss dies hier offen aussprechen auf die Gefahr hin den Widerspruch des Einen oder des Anderen unter Ihnen hervorzurufen – davon machen, auch diejenigen Socialisten keine Ausnahme, mit denen wir es in unsern Provinzen ja vielfach zu thun haben, und die sich die Christlich-Socialen nennen. (Stürmisches Bravo.) Es wäre ein verhängnisvoller Irrthum, wollten wir uns durch das Wort „christlich“, womit hier

der Socialismus verbrämt wird, irreführen lassen; die Theorien, die bei den Anhängern dieser Parteirichtung gelehrt werden, mögen sie nun von orthodoxen protestantischen Pastoren oder von ultramontanen Caplänen vorgetragen werden, führen in ihren Consequenzen eben dahin, wohin der nackte Socialismus führt, und wenn einzelne Führer darüber anders denken sollten, so werden sie sich früher oder später überzeugen, dass sie die Geister, die sie riefen, nicht mehr los werden und die Bewegung über sie hinweggehen wird. (Zustimmung.) Es ist überhaupt schon an und für sich eine höchst bedenkliche Erscheinung, wenn Männer, die dem wirthschaftlichen Leben fern stehen und dessen Bedingungen und Forderungen doch im Allgemeinen nur vom Hörensagen oder aus Büchern kennen, sich zu Reformatoren auf diesem Gebiete aufwerfen. (Beifall.) Nehmen Sie das erste beste Caplansblatt zur Hand und sehen Sie, wie dort mit dem „Recht auf Arbeit“, mit dem „Druck des Capitals“, mit dem „ehernen Lohngesetz“ um sich geworfen wird; alle diese und ähnliche Dinge werden dort als unbestrittene und selbstverständliche Wahrheiten, als ob es unabänderliche Naturgesetze wären, vorausgesetzt und daran die weiteren Schlussfolgerungen geknüpft. Darum müssen wir auf das entschiedenste verlangen, dass diese Herren bei ihrer Exegese und ihrer Dogmatik bleiben; ein Geistlicher, der seinen Beruf richtig erfasst, hat wirklich trefflichere Waffen, um dem socialistischen Unwesen zu begegnen, als sich zum Erretter von der angeblichen „Noth des Arbeiters“ aufzuwerfen. (Anhaltender Beifall.)

M. H.! Können wir somit den Ursprung der traurigen Ereignisse der letzten Wochen, durch welche unser Land in eine so bedenkliche Krisis versetzt ist, nur in den socialistischen Irrlehren und Umsturzplänen erblicken, so ist damit auch für uns und alle übrigen Bürger des Landes, welchen die Zukunft unseres Staates nicht gleichgültig ist, der Weg, den wir gegen dieselben einzuschlagen haben, in der unzweideutigsten Weise vorgezeichnet. Sonach könnte der Inhalt der zweiten Resolution, welche Ihr Comite Ihnen zur Annahme vorschlägt, leicht als ein selbstverständlicher Gemeinplatz erscheinen, der ebenso wohl hätte wegbleiben können. Leider ist dem indess nicht so, leider haben wir die Erfahrung machen müssen, dass bis jetzt nicht alle Bürger des Landes es als ihre Pflicht erachtet haben, die socialdemokratischen Agitationen mit allen gesetzlich und moralisch zulässigen Mitteln zu bekämpfen, dass vielmehr viele von ihnen der Gefahr, von welcher die Gesellschaft bedroht ist, entweder mit philisterhafter Gleichgültigkeit gegenüber gestanden haben, als ginge es sie nichts an, ob ein Theil des Hauses, in dem sie wohnen, brennt, oder gar aus engherzigen und kurzsichtigen Parteirücksichten mit diesem Feuer gespielt und mit den socialistischen Bestrebungen geradezu geliebäugelt haben. Die clericale Presse, die ja in unseren Provinzen eine so hervorragende Rolle spielt, selbst diejenige mit eingeschlossen, welche sich nicht geradezu zu dem christlich-socialen Glaubensbekenntniss bekennt, hat es bis jetzt für unbedenklich erachtet, in Gemeinschaft mit der socialistischen den Klassenhass zu schüren, wenn sie auch wohlweislich sich gegen das atheistische und materialistische Beiwerk, womit die socialistische Presse sich schmückt, verwahrt. Unmotivirte Phrasen, wie die von dem „furchtbaren Elend der arbeitenden Klassen“, „Ausbeutung dieser Klassen durch das Kapital“, finden Sie in diesen Blättern ebenso gehässig ausgestreut, wie in den socialistischen Machwerken, und Verbrüderungen mit der Socialdemokratie zur gemeinsamen Bekämpfung

rer Provinzen, Rheinlands und Westfalens, angesichts der schweren Krisis, von der unser Land heimgesucht ist, einzunehmen hat. Die Industrie und der Gewerbeleiss sind es, die von dieser Krisis zunächst und am härtesten betroffen sind, denn gerade in denjenigen Schichten der Bevölkerung, welche in unseren Werkstätten arbeiten, hat das socialistische Gift am weitesten und am tiefsten um sich gegriffen. Hier ist es, wo der Hass gegen das Capital, gegen die Werkbesitzer mit infernalischer Bosheit von gewissenlosen Agitatoren genährt worden ist, wo man die Solidarität der Interessen zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeitnehmer zu einem Kampf des letzteren gegen den ersteren auf Leben und Tod umzuwandeln bemüht gewesen ist. Hier ist es leider den unausgesetzten Machinationen gelungen, einem Theil der arbeitenden Bevölkerung die Freude an der Ausübung seines Berufes und der Arbeit, das Rechts- und Pflichtgefühl gründlich auszutreiben und es fertig zu bringen, dass die Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie seit Jahren in traurigem Rückgange begriffen ist, so dass das Ausland bereits beginnt, auf den früher so geachteten deutschen Gewerbeleiss mit Achselzucken und Geringschätzung herabzublicken. (Sehr wahr!)

Hier muss Wandel geschafft werden, darüber sind wir wohl Alle einig, wenn wir nicht zu Grunde gehen wollen. Die Socialdemokratie hat es mit ihren Hetzereien glücklich so weit gebracht, dass wir vor die Wahl gestellt sind, ob wir Hammer oder Amboss sein wollen; und m. H., die Wahl kann nicht zweifelhaft sein. Die Industrie ist sich der grossen Verantwortlichkeit bewusst, die sie in diesem Augenblick gegenüber dem Lande, gegenüber sich selbst hat.

Dass die Industrie nicht lange genug Nachsicht geübt habe, darüber können sich die bei ihr beschäftigten Arbeiter nicht beklagen. In keinem Lande der Welt würden die Gewerbetreibenden so lange die socialistischen Hetzereien geduldet haben, wie es in Deutschland der Fall gewesen ist; in keinem Lande der Welt haben freilich auch bis jetzt die Arbeiter sich so radicalen Anschauungen zugänglich erwiesen, wie in Deutschland; ein trauriger Beweis für die geistige und politische Unreife, die in diesen Kreisen unseres Volkes noch verbreitet ist, und die, wie Bamberger, ein Mann, dessen Ansichten in vielen anderen Dingen bekanntlich nicht die unserigen sind, (Zuruf: durchaus nicht!) in diesem Falle mit Recht bemerkt, Deutschland zum classischen Boden des Classenkampfes gemacht hat. Im Congress der Vereinigten Staaten von Nordamerika sitzt bis jetzt kein Repräsentant der Socialdemokratie, in der französischen Deputirtenkammer würden sich die beiden am meisten links sitzenden Abgeordneten Louis Blanc und Tolain schwerlich entschliessen, das Programm der Socialisten des deutschen Reichstages zu unterschreiben. Das englische Unterhaus hat zwei Vertreter des Arbeiterstandes, die wohl Reformen, nimmermehr aber die Revolution anstreben; in dem socialistisch unterwühlten Dänemark ist es bis jetzt noch keinem Socialisten gelungen, in die Volksvertretung gewählt zu werden; nur Deutschland hat den traurigen Ruhm, dass 12 ausgesprochene Feinde der gegenwärtigen Rechts- und Gesellschaftsordnung im Parlament sitzen und dass bei der letzten Wahl 485,000 Stimmen auf socialistische Candidaten abgegeben wurden. Solche bittere Erfahrungen wären vielleicht vermieden worden, wenn nicht so lange eine übertriebene Nachsicht gegen die Wühlereien der socialistischen Volksbeglucker geübt worden wäre. (Sehr richtig!)

Heute hiesse es geradezu die Selbstvernichtung wollen, wenn man in dieser übertriebenen, fast schwächlichen Milde beharren wollte. Die Industrie wird sich nach wie vor der Verpflichtungen bewusst bleiben, die sie gegen die bei ihr beschäftigten Arbeiter und deren Familien hat, (lebhaftes Bravo!) und sie wird trotz der bitteren Erfahrungen, die sie gemacht hat, in ihrem Bestreben nicht nachlassen, nach Kräften das materielle und das geistige Wohl der Ihrigen zu fördern; sie wird trotz des Missbrauchs, den der von den socialistischen Hirngespinnsten verblendete Theil der arbeitenden Bevölkerung mit den politischen Rechten und Freiheiten des Lebens getrieben hat, das Streben der Arbeiter ihre Lage zu verbessern, als ein berechtigtes anerkennen; denn wir wissen, dass dieses Streben einem jeden Menschen eingeboren und die Quelle des menschlichen Fortschritts ist; aber ebenso entschlossen und fest wird sie allen denjenigen Bestrebungen begegnen müssen, die nicht auf Verbesserungen und Reformen auf dem Boden der tatsächlichen Verhältnisse gerichtet sind, sondern den ausgesprochenen Zweck des Umsturzes dieser Verhältnisse verfolgen. Sie kann dies in dem vollen Bewußtsein, dass sie es auch schon bisher nicht unterlassen hat, das Wohl ihrer Arbeiter zu fördern. Es ist wiederum eine jener Unwahrheiten und leeren Phrasen, mit welchen die Socialdemokratie seit Jahren um sich geworfen hat und in deren Verbreitung sie leider auch von anderen Parteien unterstützt worden ist, wenn sie behauptet, dass das Streben der Werkbesitzer nur auf die Ausbeutung der arbeitenden Klassen gerichtet sei. Tausend Beispiele beweisen das Gegentheil. Zu keiner Zeit und in keinem Lande der Welt sind auch die unteren Classen der Bevölkerung in dem Besitze grösserer politischer Rechte und Freiheiten gewesen als in dem deutschen Reiche; zu keiner Zeit hat eine grössere Empfindlichkeit für die Leiden und Bedürfnisse des kleinen Mannes geherrscht, als in der Gegenwart. (Sehr richtig!) Man muss von einer Parteilidenschaft sondergleichen verblendet sein, um dies leugnen zu wollen. M. H., wir brauchen wahrlich nur einige Jahrzehnte in unserer Vergangenheit zurückzugehen, um die Riesenfortschritte zu sehen, welche auf dem socialen Gebiete in der Aufbesserung der Lage gerade derjenigen Schichten unseres Volkes gemacht sind, welche heute am meisten von dem socialistischen Gift angegriffen erscheinen. Ich könnte dies an der Hand der schlagendsten That-sachen in demjenigen Gewerkszweige darthun, welchen ich selbst aus langjähriger Arbeit in demselben genau kenne, wenn ich nicht glaubte, zu Ihnen über Bekanntes zu reden. Die Sicherung der Existenz des Bergarbeiters für die Zeiten seiner Invalidität und seiner Krankheit, die Unterhaltung seiner Familie im Falle seines Todes, die mannigfachsten sonstigen Veranstaltungen zur Förderung des körperlichen und geistigen Wohlbefindens, ganze Dorfschaften wohl eingerichteter Wohnungen bilden ebenso viele Proteste gegen die unwahren oder doch in's Ungemessene übertriebenen Declamationen der socialistischen Rädelsführer. (Lebhaftes Bravo!)

Auf diesem Boden werden wir weiterbauen, zum Wohl und in Gemeinschaft mit dem wohlgesinnten pflichttreuen Arbeiter, aber Niemand kann es der Industrie verdenken, wenn sie nicht länger die Natter dulden will, die an ihrem Organismus nagt, wenn sie entschlossen ist, die unlauteren Elemente aus diesem Organismus auszumerzen.

M. H. Auch hier zeigt sich wieder die unglaubliche Begriffsverwirrung, die in gewissen Schichten unserer Bevölkerung Wurzel gefasst hat, indem man ernsthaft der Industrie die Berechtigung zu einem derartigen Entschlusse abspricht, indem man die Ausscheidung der aufrührerischen Elemente aus unseren Werkstätten als eine „unerhörte Vergewaltigung“, als einen „Zwang gegen Gewissen und Ueberzeugung“, darzustellen versucht. „Das Gewissen der Nation wird durch solche Maassregeln in der bedenklichsten Weise bedroht“, ruft das socialistische Centralorgan „Vorwärts“ emphatisch aus. Und die in Berlin erscheinende „Berliner Freie Presse“ hat sogar die Unverfrorenheit, den Arbeitern, welchen mit Entlassung gedroht ist, den Rath zu ertheilen, „getrost alles zu unterschreiben, was von ihren Arbeitgebern verlangt wird“. „Unsere Herren Arbeitgeber“, fügt das saubere Blatt hinzu, „welche sich, aufgehetzt von einer schamlosen Presse, dazu hergeben, den brutalsten Gewissenszwang auszuüben, müssen es sich schon gefallen lassen, wenn sie angelogen werden.“ (Hört!) Soweit ist es also bereits mit der sittlichen Verkommenheit dieser Partei gekommen, dass sie nicht mehr vor der Anwendung des Satzes, dass der Zweck die Mittel heiligt, zurückschreckt.

Aber die Arbeitgeber werden sich durch solche Redensarten und Drohungen nicht abhalten lassen, zu thun, was ihres Amtes ist, und den zahlreichen Werken, die in dieser Beziehung bereits vorgegangen sind, werden die übrigen nicht säumen zu folgen. Sie werden diese Maassregel ergreifen in dem Bewußtsein nicht nur, dass sie dabei in vollem Rechte sind, sondern dass sie damit auch in Ausübung ihrer Pflicht und wahrer Humanität gegen den pflichtgetreuen und fleissigen Theil ihrer Arbeiter handeln, indem sie dem Terrorismus, der Einschüchterung ein Ende machen, die schon viel zu lange von den socialistischen Agitatoren ausgeübt ist; in dem Bewusstsein dass damit wieder freie Bahn für die Entfaltung gesunder wirthschaftlicher Zustände geschaffen wird. Wir vertrauen darauf, dass dabei die grosse Mehrheit unserer arbeitenden Bevölkerung selbst auf unserer Seite stehen, und Mancher, besser belehrt, sich bald von den socialistischen Verirrungen aus freien Stücken abwenden wird.

M. H. Ich wende mich nunmehr zur vierten unserer Resolutionen. Sie gestatten mir aber wohl, dass ich dieselbe nur mit wenigen Worten begründe, da sie, wie Sie sehen, nur sehr allgemein gehalten ist und ein Eingehen in das Einzelne viele Stunden erfordern würde. Ihr einladendes Comite ging von der Annahme aus, dass es die vornehmliche Aufgabe der heutigen Versammlung sein müsse, die Mittel und Wege in Erwägung zu ziehen, welche seitens unserer Industrie aus eigener Initiative und mit eigenen Kräften gegen die Umtriebe der Socialdemokratie zu ergreifen seien. Der Staat und die Gesetzgebung, sagten wir uns, kann zwar manches zur Abhülfe thun; die Hauptsache muss aber von der Nation selbst ausgehen, wenn die Heilung des schweren Krankheitsprocesses gelingen soll. Dennoch erwarten wir von dem Staate ein schärferes, energischeres Einschreiten als bisher. Auf dem Boden der bestehenden Gesetze geschieht das bereits jetzt, und die Handhabung, welchen diesen Gesetzen heute zu Theil wird, zeigt am besten, dass die Staatsregierung bis dahin gegen die revolutionären Bestrebungen der Socialdemokratie eine weit grössere Nachsicht geübt hat, als sie nach Lage der Gesetzgebung genöthigt war. Wir sprechen aber auch in Uebereinstimmung mit dem weitaus grössten Theile der Nation die Erwartung aus, dass die gesetzgebenden Factoren unseres Reiches allen weiteren Vorschlägen der Regierung

ihre Unterstützung zu Theil werden lassen, welche darauf gerichtet und geeignet sind, den Umsturz der bestehenden Rechtsordnung und die Zerstörung des bürgerlichen Friedens zu verhindern. In welcher Hinsicht dies auf dem Gebiete des gewerblichen Lebens geschehen kann, das ist bereits von den wirthschaftlichen Corporationen unserer Provinzen wiederholt in eingehenden Eingaben dargelegt. Dass dabei zugleich den wüsten Ausschreitungen, deren sich die Socialdemokratie seit Jahren in der Ausübung des Vereins- und Versammlungsrechts schuldig gemacht hat, mit aller Strenge begegnet werden muss, darüber, m. H., herrscht unter uns wohl keine Meinungsverschiedenheit. (Allgemeine Zustimmung.) Ich glaube aber, m. H., wir können heute nicht blos die Erwartung, sondern auch die feste Ueberzeugung aussprechen, dass die Reichsregierung dem Ernste der Lage gemäss zu handeln wissen wird, und ebenso, dass die Vertretung der Nation, die wir im Begriffe stehen zu wählen, derselben ihre volle Unterstützung gewähren wird. (Wiederholter Beifall.)

Ich stehe am Schluss, m. H. Wir sind uns der furchtbaren Lage, in der wir uns befinden, voll bewusst. Unmännliches Klagen hilft da nicht, sondern einzig entschlossenes und unverweiltes Handeln! Als nach mühseliger Arbeit und schwerem Ringen die Sehnsucht unserer Nation vor sieben Jahren in so unerwarteter, so glänzender Weise in Erfüllung ging, da glaubten wir die Hoffnung hegen zu dürfen, dass nunmehr in friedlichem Wettkampfe aller Kräfte unser Volk sich seiner hohen Culturaufgabe werde hingeben können! (Sehr gut!) In dieser Hoffnung sind wir schmählich getäuscht worden! (Sehr wahr!) Mit frevelhafter Waffe sahen wir eine Partei einen Klassenhass schüren, der auf die Dauer zu dem Schrecklichsten, was eine Nation treffen kann, zum Bürgerkriege führen müsste. Einmal ist unser Vaterland von einem solchen entsetzlichen Verhängniss heimgesucht worden; aus der Vernichtung seines Wohlstandes, aus der grauenvollen Zerstörung seiner Städte und seiner Fluren hat es sich mühsam zwei Jahrhunderte hindurch emporgearbeitet. Soll ein solches Verhängnis nochmals über uns hereinbrechen? Wir sagen: Nein, aber wir werden es nur von uns abwenden, wenn ein Jeder an seiner Stelle und in seinem Berufe seine ganze und volle Schuldigkeit thut, vorab aber die deutsche Industrie! (Bravo.) Ich schliesse mit dem Wunsche, dem Sie alle aus vollem Herzen beistimmen werden: Möge ein gütiges Geschick unser theures Vaterland und seinen allverehrten Kaiser auch über die gegenwärtige schwere Krisis glücklich und siegreich hinwegführen! (Stürmischer, anhaltender Beifall.) (Der Redner wird von vielen Seiten beglückwünscht.)

Vorsitzender: Gestatten Sie mir nun, das vom Bureau redigierte Telegramm zu verlesen. Dasselbe lautet:

„An Seine Majestät den Kaiser Wilhelm in Berlin.

Sechshundert Industrielle und Gewerbetreibende von Rheinland und Westfalen und benachbarten Landestheilen, heute hier versammelt, um gemeinschaftliche Maassregeln gegen die Socialdemokratie zu beschliessen, eröffnen ihre Versammlung im Ausfluss ihrer heissen Wünsche für Ew. Kaiserlichen Majestät baldige und vollständige Genesung mit einem begeisterten Hoch auf ihren hochverehrten und vielgeliebten Kaiser und Herrn.

(Bravo!) Der Vorsitzende Bertelsmann.“

Quelle: Mittheilungen des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen, Düsseldorf, Juli 1878, S. 207-217

### Resolution der Düsseldorfer Kundgebung aller Industriellen und Gewerbetreibenden Rheinlands und Westfalens gegen die sozialdemokratischen Bestrebungen

Düsseldorf, den 24. Juni 1878

1. Die Versammlung erblickt in den entsetzlichen Vorgängen der letzten Wochen einen Ausfluss der Staat und Gesellschaft untergrabenden, Geist und Gemüth vergiftenden socialistischen Umtriebe, denen ein Theil der Bevölkerung, insbesondere die arbeitenden Klassen in unserm Vaterlande seit Jahren ausgesetzt gewesen sind.
2. Die Versammlung erachtet es als die unabweisbare Pflicht eines jeden Bürgers, welcher Parteirichtung er auch angehören mag, die Pläne des Umsturzes, wie sie in jenen und zahlreichen anderen Vorgängen der letzten Jahre hervorgetreten sind, mit allen gesetzlich und moralisch zulässigen Mitteln zu bekämpfen.
3. Insbesondere ist es Aufgabe der Industriellen und Gewerbetreibenden, geschlossen gegen die socialistischen Umtriebe vorzugehen.  
Die heute versammelten Vertreter industrieller Werke Rheinlands und Westfalens sind im vollen Bewusstsein ihrer Verantwortlichkeit gegen sich und ihre Arbeiter gewillt, dieser Pflicht gemäss zu handeln, und so sehr sie nach wie vor bestrebt bleiben werden, die Wohlfahrt ihrer Arbeiter zu fördern, so unachtsamlich werden sie alle unlauteren Elemente ausmerzen.  
Sie sprechen zugleich die Ueberzeugung aus, dass jeder Gewerbetreibende in beiden Provinzen ebenso verfahren wird, und vertrauen, dass die Arbeiter im eigenen Interesse und zum Schutze des deutschen Gewerbefleisses ihren Arbeitgebern in deren Bestrebungen treu zur Seite stehen werden.
4. Wie die Gewerbetreibenden aber entschlossen sind ihrerseits zu thun, was Bürgerpflicht gebietet, so erwarten sie auch von den Organen der Staatsregierung und den berufenen Vertretern der Nation die erforderliche Unterstützung, sowohl durch strenge Handhabung der bestehenden Gesetze, als auch durch Abänderung derjenigen gesetzlichen Bestimmungen, welche das Schwinden des Rechts- und Pflichtgefühls unter der arbeitenden Bevölkerung und die Neigung zu staats- und culturfeindlicher Agitation ermöglicht haben.

Quelle: Staatsarchiv Münster, Oberpräsidium Nr. 2693, Bd 1, Bl. 25

**Bericht des Fabriken-Inspektors für Westfalen, Osthues, an den Oberpräsidenten von Westfalen in Münster/Westfalen über die Versammlung der Industriellen von Rheinland und Westfalen am 24. Juni 1878 in Düsseldorf**

Dortmund, den 25. Juni 1878

Euer Exzellenz beehre ich mich über den Verlauf der gestern in Düsseldorf abgehaltenen anti-sozialistischen-Versammlung der Gewerbetreibenden und Industriellen von Rheinland und Westfalen nachstehendes Gehorsam zu berichten.

Alle bedeutenden Werke der beiden Provinzen waren vertreten und die erhebliche Anzahl der Versammelten – mehr als 600 – legte Zeugnis ab, wie tief die Erregung auch in die Kreise der kleinen Fabrikanten gedrungen sei.

Am Eingang des Lokals wurden Exemplare der hier beiliegenden vier Resolutionen und der Abänderungsanträge der Handelskammer zu Bielefeld verteilt. In der Pause wurde das beiliegende Blatt „zur Erinnerung“ vom Herrn Kommerzienrat Wolf-Glabach ausgegeben.

Die Versammlung wurde eröffnet von dem Herrn Mulvany und auf dessen Vorschlag dem Herrn Bethelsmann (!) Bielefeld der Vorsitz übertragen. Zum stellvertretenden Vorsitzenden wurde Herr Servaes-Ruhrort proklamiert und gewählt.

Nach meinem vom Herrn Bertelsmann in ergreifender Weise ausgebrachten Hoch auf Seine Majestät den Kaiser in das die begeisterte Versammlung mit Enthusiasmus einstimmte und welches telegraphisch Seiner Majestät übermittelt wurde, motivierte der Referent Herr Natorp – Sekretär des Vereins für die bergbaulichen Interessen – in einer etwa 1½stündigen Rede die vier Resolutionen. Die Rede brachte zur Sache kaum etwas Neues vor. Doch war die sehr geschickte Zusammenstellung all dessen, was in den letzten Wochen Zeitungen und Broschüren über die in Rede stehenden Maßregeln und Forderungen ausgeführt haben, höchst bemerkenswert und fand daher die Rede mit Recht den ungeteilten Beifall der ganzen Versammlung.

Lauter, andauernder Beifall wurde dem Redner zweimal zuteil. Zunächst bei seiner Ausführung, daß die sogenannten Christlich-Sozialen beider Konfessionen sich auf demselben Wege befänden wie die Sozialdemokraten und besonders deshalb noch gefährlicher seien als die letzteren, weil sie im Volke den Glauben weckten und nährten, daß die sozialistischen Ideen im Einklang mit der wahren Christusreligion und Ausfluß wahrer Religiosität und Gottesfurcht seien. Das zweite Mal, als der Redner zum Schlußpassus der vierten Resolution eine Beschränkung des Vereins- und Wahlrechts in Aussicht nahm. Es wurde später privathin bestritten, daß auch das Vereinsrecht genannt sei; da ich in meiner Aufzeichnung dieses Wort geschrieben finde, so muß ich bis auf weiteres persönlich daran festhalten, daß es gefallen ist.

Minder lebhafter Beifall wurde laut, als Herr Natorp zu Resolution 2 betonte, daß die ultramontane Partei durch verschämte Redewendungen in der Presse und durch Hand-in-Hand-Gehen bei den Wahlen die Erreichung sozialistischer Ziele befördert habe. Die Rede ist stenographisch aufgenommen und wurde die Vielfältigkeit einhellig beschlossen.

In den Resolutionen waren außer den Bielefelder Anträgen noch drei Abänderungsanträge eingegangen, deren Wortlaut ich nicht angeben kann. Unter Minderwichtigem verlangte, soweit ich bei der nur einmaligen Verlesung konstatieren konnte, der eine Streichung des Schlußpassus der al.2 der dritten Resolution (Ausmerzung aller unlauteren Elemente) der andere dagegen zur selbigen Resolution einen Zusatz, wonach alle Arbeiter, die sozialistische Bestrebungen verfolgen und den Anordnungen der Werks-Verwaltungen sich nicht fügen, entlassen werden sollten.

Der dritte Antrag bezweckte Herbeiführung der En-Block-Aannahme und zwar mit dem weiteren Zusatz, daß die stenographierte Rede des Referenten „korrekter Ausdruck der Ansichten der Versammlungen bezüglich der Motivierung der Resolution sei“. Gegen diesen Vorschlag meldeten sich mehrere Redner zum Wort, unter anderem auch der Vorsitzende Herr Bertelsmann, die in erregter Weise gegen einzelne Ausführungen des Referenten protestierten. Nur von einem Redner wurde die Stelle der Rede des Referenten, welche Anstoß erregte, bezeichnet. Es war der von der Beschränkung der politischen Rechte handelnde Teil. Nachdem nun der Antrag, soweit er sich auf die Motivierung der En-Block-Aannahme bezog, zurückgenommen war, erfolgte die En-Block-Aannahme mit allen gegen 3–4 Stimmen. Es kann jedoch nicht dem leisesten Zweifel unterliegen, daß die Zurücknahme der Motivierung nur ein Akt der Courtoisie gegen eine sehr wenig zahlreiche – fortschrittliche – Minorität war und daß andernfalls der ganze Antrag mit erdrückender Majorität angenommen wäre.

Schon in der nach der Rede des Referenten eintretenden Pause stellte sich im Privatgespräch die Abneigung der Versammlung gegen eine Diskussion von Amendments und namentlich des Zusatzantrages der Bielefelder Handelskammer – der Resolution 5, betreffend Ausdehnung der Haftpflicht und obligatorischen Einführung von Invaliden- und Altersversorgungskassen – evident heraus.

Die aus Bielefeld anwesenden Vertreter zogen daher sofort nach Wiedereröffnung der Verhandlungen den Zusatzantrag zurück.

Inzwischen haben die sozialistischen Partei-Organe den Arbeitern die Order erteilt, „getrost alles zu unterschreiben, was verlangt wird“. Eine diesem Rat enthaltende Nummer der hier erscheinenden Westfälischen Freien Presse erlaube ich mir beizufügen. Die Beschlüsse der Versammlung werden, soweit sie Ausmärgung der unlauteren Elemente fordern, hiernach schwerlich das Objekt finden, und es wird zunächst äußerlich Ruhe eintreten. Ich kann nur den lebhaften Wunsch hegen, die Industriellen möchten diese Ruhe benutzen und werktätig nach der durch den Zusatz-Antrag Bielefeld bezeichneten Richtung vorgehen, um den sozialistischen Assoziationen durch Heilung von Notständen direkt ent-

gegenzuwirken. Die stramme Handhabung der Gesetze wird dem Industriellen den bis dahin berechtigten Einwand: all derartige Bestrebungen würden als Attentat auf das Zukunftsprogramm angesehen und dienten in der sozialdemokratischen Presse und den Versammlungen in gehässiger Entstellung nur als weiteres Mittel zur Ausmätzung hoffentlich benehmen.

Wie dringlich die Erweiterung der Haftpflicht ist, davon gibt die von mir zu einem Spezialbericht an die königliche Regierung zu Arnberg betreffend eine Immediat-Eingabe des Bochumer Vereins gefertigte in Abschrift beiliegende Tabelle Zeugnis. Von den in vier Jahren auf dem Bochumer Gußstahlwerk eingetretenen 24 Unfällen mit tödlichem Ausgang sind nur 5 sofort und 2 nach vorgegangenem Prozeß durch richterliche Erkenntnis als haftpflichtig entschädigt. Mehr als  $\frac{1}{6}$  aller Unfälle sind abgewiesen.

So sehr ich anerkenne, daß die Form der Bielefelder Zusatzanträge nicht annehmbar waren, so lebhaft muß ich bedauern, daß die Versammlung nicht wenigstens durch Diskussion derselben den Versuch gemacht hat, eine Fassung der denselben zugrundeliegenden Ideen zu finden, die den Beifall der Majorität gewinnen konnte. Der schon jetzt erhobene Vorwurf, die vorgelegten Resolutionen begnügten sich bezüglich der Heilung solcher Schäden, welche der sozialistischen Agitation Vorschub leisten, mit leeren Redensarten wird durch dies Verfahren nun Nahrung gewinnen.

Ich muß noch hervorheben, daß weder öffentlich noch privat hin die Befürchtung ausgesprochen ist, die öffentliche Ruhe könne aus Anlaß der Handhabung der Beschlüsse irgendwo gestört werden.

Osthues, Fabriken-Inspektor

Quelle: Staatsarchiv Münster, Oberpräsidium Nr. 2693, Band 1, Blatt 40 ff.

**Bericht des Oberstaatsanwalts Irgahn (Hamm) an den Oberpräsidenten von Westfalen in Münster/Westfalen bezüglich der sozialdemokratischen Verhältnisse**

Hamm, den 25. Juni 1878

Über die weiteren Maßnahmen und Erfolge bezüglich der sozialdemokratischen Verhältnisse beehre ich mich im Anschlusse an das diesseitige Schreiben vom 18. Juni d. J. Euer Exzellenz folgendes ganz ergebenst mitzuteilen.

Am 20. d. M. war ich in Dortmund, um selbst das weitere Einschreiten gegen die Vereine und die Presse zu betreiben.

Sehr umfangreich und gefährlich ist der „Soziale Arbeiter-Wahlverein für den Stadt- und Landkreis Dortmund“. Als charakteristisch ist hervorzuheben, daß ein sehr bedeutender Teil der Mitglieder, wie verlautet mehr als die Hälfte, sich im Alter von 17 bis 20 Jahren befindet; kein Wunder, daß dieselben bei ihrem demnächstigen Eintritt in das Heer von sozialistischen Ideen angesteckt sind und diese Ideen selbst in die Armee hineinbringen. In Paderborn wurde kürzlich ein Husar vom 8. Husarenregiment wegen Majestätsbeleidigung zu mehrjähriger Freiheitsstrafe verurteilt, wobei es sich ergab, daß derselbe vor seinem Eintritt als Arbeiter in Dortmund domiziliert hatte.

Das gefährlichste Blatt ist bekanntlich die in Dortmund erscheinende „Westfälische Freie Presse“. Es ist nunmehr festgestellt, daß der als Redakteur darin mitgeführte Schriftsetzer G. Heimann nur eine vorgeschobene Person ist, während in Wirklichkeit die Redaktion von den bekannten Agitatoren Volksanwalt Tölcke und Carl-Julius Kuhl, von denen der letztere vermöge seiner Entschlossenheit und Frechheit besonders gefährlich erscheint, geführt wird.

Als Vorstandsmitglieder der Genossenschafts-Druckerei sind im Handelsregister vermerkt:

- a) Schneider und Stadtverordneter Joseph Bönsch,
- b) Schneider Konrad Kalbfleisch,
- c) Tabakspinner Heinrich Fickermann.

In der Redaktion, der Druckerei und den Privatwohnungen ist die Abhaltung von Haussuchungen ausgeführt, bei welchem eine Menge Scripturen gefunden worden sind, deren Durchsicht noch betrieben wird. Gegen die genannten Personen ist sofort Anklage aufgrund des § 18 des Pressegesetzes erhoben.

Inzwischen ist auch gegen Tölcke und Kuhl wegen Beleidigung des Kreisgerichts Iserlohn durch die „Westfälische Freie Presse“ Anklage erhoben und die Verurteilung des p. Tölcke zu 6 Monaten, des verhafteten Kuhl zu 4 Monaten Gefängnis erfolgt; der Staatsanwalt, welcher mit Rücksicht auf die Vorbestrafungen zwei Jahre bzw. 1 Jahr und 6 Monate beantragt hatte, hat zum Zweck der Straferhöhung appelliert.

Zur Ergänzung zu der bereits mitgeteilten von den Staatsanwaltschaften des Departements Hamm und Paderborn verfolgten Majestätsbeleidigungen, welche im wesentlichen auf sozialdemokratische, teilweise aber auch auf ultramontane Anschauungen zurückzuführen sind, bemerke ich, daß die Zahl derselben jetzt bereits weit über 100 beträgt. In den meisten Fällen ist sofort Anklage und Verurteilung, oft schon nach 1 bis 3 Tagen, zu hohen Strafen erfolgt, und hierdurch scheint diesem Vorgehen, welches förmlich den Charakter einer größeren Bewegung angenommen, Einhalt getan zu sein.

Die Früchte des schärferen Einschreitens gegen die Sozialdemokratie treten bereits vielfach hervor. Als wichtigstes Resultat dürfte hervorgehoben sein, daß der erwähnte, in weiten Kreisen unheilvoll wirkende „Soziale Arbeiter-Wahlverein“ in Dortmund sich zwei Tage nach meiner Anwesenheit daselbst freiwillig aufgelöst und die Auflösung publiziert hat.

Ein ähnlicher Verein in Minden und Bielefeld hat sich neuerdings ebenfalls aufgelöst. Auch die Ausschließung der Sozialdemokraten seitens der Arbeitgeber insbesondere in den großen industriellen Etablissements, nimmt immer größere Dimensionen an. Schließlich gestatte ich mir anzuführen, daß ich auch in dem Departement Hamm die Staatsanwälte angewiesen habe, sämtliche in ihren Bezirken erscheinenden Blätter sozialdemokratischer oder ultramontaner Richtung zu halten, in ihren Büros zu sammeln und selbst einer strengen Kontrolle zu unterziehen.

Der Oberstaatsanwalt Irgahn

Quelle: Staatsarchiv Münster, Oberpräsidium Nr. 2693, Band 1, Blatt 46 ff.

**Bericht des Oberstaatsanwalt Irgahn (Hamm) an den Oberpräsidenten von Westfalen in Münster/Westfalen**

Hamm, den 28. Juni 1878

Euer Exzellenz beehre ich mich ganz ergebenst mitzuteilen, daß die Leiter des gefährlichen sozialdemokratischen Blattes „Westfälische Freie Presse“ zu Dortmund neuerdings mehrfach angeklagt und verurteilt sind, nämlich:

1. Volksanwalt Tölcke am 18. d. M. wegen Beleidigung des Kreisgerichts Iserlohn zu 6 Monaten,
2. Carl-Julius Kuhl wegen gleichen Vergehens zu 4 Monaten,
3. Carl-Julius Kuhl am 26. d. M. wegen tendenziöser Beleidigung einer Reihe achtbarer Bürger und Arbeitgeber in Nr. 56 des Blattes zu einem Jahr Gefängnis,
4. Carl-Julius Kuhl wegen Beleidigung der Arbeitgeber Gebrüder Franke zu 3 Wochen Gefängnis.

Die Scheinredakteure des Blattes, Ostermann und Heimann, sind ebenfalls in Haft. C.-J. Kuhl ist der gefährlichste Agitator in der hiesigen Gegend. Er ist in Haft und nunmehr auf lange Zeit unschädlich gemacht. Die schon jetzt deutlich wahrnehmbare Auflösung des sozialdemokratischen Unwesens in der Provinz wird hierdurch wesentlich gefördert werden.

Der Oberstaatsanwalt Irgahn

Quelle: Staatsarchiv Münster, Oberpräsidium Nr. 2693, Band 1, Blatt 48

## Verordnung der Regierung in Arnsberg

Arnsberg, den 27. Oktober 1878

Auf Grund des RG. vom 21. Oktober 1878 etc. sowie auf Grund der Bekanntmachung des Herrn Ministers des Innern vom 23. Oktober 1878, hat die unterzeichnete Kgl. Regierung beschlossen, den „Sozialdemokratischen Arbeiter-Wahlverein für den Stadt- und Landkreis Dortmund“ zu Dortmund zu verbieten. Der Sozialdemokratische Arbeiter-Wahlverein zu Dortmund bezweckt nach dem Inhalt seiner Statuten:

1. Die Wahrnehmung gemeinsamer Interessen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens.
2. Die Anregung und Belehrung der Mitglieder durch Vorträge und Besprechung wichtiger Tagesfragen.
3. Die Anstrengung der Wahl von sozialistischen Volksvertretern.

Ist der Verein nach der vorstehenden Formulierung seiner Zwecke als einer der in § 1 des RG. vom 21. Oktober 1878 charakterisierten Vereinigungen nicht ohne weiteres anzusehen, so ergibt sich doch anderweitig unzweifelhaft, daß derselbe den an der zitierten Gesetzesstelle unter Verbot gestellten sozialdemokratischen Vereinen gleichzustellen ist. Es ist notorisch, daß die zahlreichen, unter der Bezeichnung von sozialdemokratischen resp. sozialistischen „Arbeiter-Wahlvereine“ bestehenden politischen Vereine sämtlich durch die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands zu Hamburg in das Leben gerufen worden sind und mit diesen offenkundig den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung bezweckenden Hauptvereine fortdauernd in Beziehung gestanden, dahin Beiträge geleistet haben usw. Letzteres ist in Ansehung des Dortmunder Arbeiter-Wahlvereins speziell konstatiert worden durch die bei dem Vorstandsmitglied Kalbfleisch beschlagnahmten, den Zusammenhang des Vereins mit dem Hamburger Vereine zur Evidenz ergebenden Schriftstücke. Ist der Verein hiernach von Hause aus nur als eine Abteilung des vorerwähnten Zentralvereins anzusehen, so wird er auch durch die von ihm geübte mehrjährige selbständige Tätigkeit als eine den Umsturz der Staats- und Gesellschaftsordnung durch Störung des öffentlichen Friedens und der Eintracht der Bevölkerungsklassen anstrebende Verbindung gekennzeichnet. Sowohl in den eigenen Versammlungen des Vereins, wie in den zahlreichen von seinen Leitern und Hauptwortführern veranstalteten und geleiteten öffentlichen Versammlungen – zuletzt auch in einer zu Gelsenkirchen am 26. Mai cr. abgehaltenen Volksversammlung – sind die Lehren der Sozialdemokratie begleitet von aufreizenden Schilderungen des angeblichen Arbeiter-Elends einerseits, und des auf Ausbeutung und Unterdrückung der besitzlosen Klassen gerichteten Treibens der Kapitalisten und der Vornehmen andererseits, vorgetragen worden, wobei zugleich

die bestehenden Gesetze und staatlichen Einrichtungen einer nicht minder zum Klassenhaß aufreizenden Beurteilung unterworfen und als Institute bezeichnet wurden, welche die Begünstigung der Reichen zum Nachteile des Volkes bezwecken. Die in Dortmund erscheinende „Westfälische Freie Presse“, ein in dem gleichen Sinne und mit gleich verwerflichen Mitteln arbeitendes sozialdemokratisches Parteiblatt, welches sich durch seine Haltung zahlreiche Verurteilungen zugezogen hat, bildete tatsächlich das Organ des Vereins und wurde von Vereinswegen nach Kräften verbreitet. Die leitenden Mitglieder des Vereins sind notorische Anhänger der Idee des Umsturzes der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung und wegen Uebertretung der Strafgesetze in Verfolgung dieser Ziele vielfach bestraft. Beides trifft namentlich bei dem besonders tätigen Vereinsmitgliede Tölcke zu, für dessen Wahl zum Reichstagsmitgliede der Verein wiederholt nachdrücklich agitiert und mit dessen Bestrebungen derselbe sich identifiziert hat. Es konnte hiernach nicht zweifelhaft sein, daß gemäß § 1 des RG. von 21. Oktober 1878 das Verbot des Vereins zu erfolgen hatte. Derselbe hat zwar durch den Vereinsvorstand der Polizeibehörde in Dortmund seine Auflösung angezeigt. Dieser Schritt, welcher nach den angestellten Ermittlungen gleichzeitig auch von den Vorständen aller übrigen gleichnamigen Vereine geschehen ist, hat indes von vornherein nur als ein Scheinmanöver angesehen werden können, welches von der sozialdemokratischen Zentralleitung mit Rücksicht auf die Zeitumstände und auf den Abscheu angeordnet worden ist, welches die im Mai und Juni d. J. verübten Verbrechen gegen die Partei hervorgerufen hatten. Diese Auffassung hat volle Bestätigung gefunden, da unmittelbar nach der angeblichen Auflösung des Vereins die Leiter und sonstigen Mitglieder desselben die Agitation gelegentlich der letzten, im August d. J. stattgehabten Reichstagswahl zugunsten des sozialdemokratischen Agitators Tölcke in die Hand nahmen. Da hiernach das Fortbestehen des Vereins angenommen werden muß, war in Ausführung des § 1 des RG. von 21. Oktober 1878 das Verbot ohne Rücksicht auf die Anzeige von der erfolgten Auflösung des Vereins auszusprechen.

(gez.) Steinmann.

Quelle: R. Umbreit, Beiträge . . . , S. 29 f.

»Nachweisung der im Stadtkreise Dortmund vorhandenen Vereine  
kommunistischer

Nr.	Kreis	Name und Sitz des Vereins. Zeit der Gründung	Statutenmäßiger Zweck a) Politische Vereine	Zahl der Mitglieder	Name und Wohnort der Vorsteher	Vermögen
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
1.	Stadt Dortmund	Sozialdemokratischer Wahlverein für den Stadt- und Landkreis Dortmund zu Dortmund, gegründet am 25. März 1875	Vornehmlich: a) Wahrung der gemeinsamen Interessen resp. der Angelegenheiten auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens; b) Anregung und Belehrung seiner Mitglieder durch Vorträge und Besprechung wichtiger Tagesfragen; c) die Wahl sozialistischer Volksvertreter mit allen gesetzlichen Mitteln anzustreben.	299	C. H. Kalbfleisch, J. Bönsch, L. Schröder, Dortmund	Über Vermögensverhältnisse sämtlicher Vereine kann Auskunft nicht gegeben werden; soweit bekannt, besitzt aber kein Verein Vermögen. Mit den Vereinen sind Unterstützungskassen nicht verbunden. Zu der von dem Schuhmacherverein beabsichtigten Gründung einer Krankenkasse ist durch Regierungsverfügung vom 5. April 1876 A III b 1075 die Genehmigung nicht erteilt worden.

und Verbindungen aller Art mit sozialdemokratischer, sozialistischer oder Tendenz.

Verbindungen	Wirksamkeit	Motiviertes Gutachten darüber, inwiefern der Verein als eine sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische, der Untergrabung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung dienende Vereinigung zu erachten ist, und sonstige Bemerkungen
(8)	(9)	(10)
Verbindung mit der sozialistischen Arbeiterpartei ist unzweifelhaft; denn 1. sind bei den kürzlich vorgenommenen Haussuchungen Mitgliedskarten des Kalbfleisch aus den Jahren 1869 und 1870 aufgefunden worden mit der Überschrift: „Allgemeiner Deutscher Arbeiter-Verein“ und der Unterschrift: „Ort der Aufnahme Dortmund, Bremen. Der Präsident Hasenclever.“ 2. sind dort Formulare, Abrechnungen etc. aufgefunden (ein Exemplar liegt bei). 3. sind dort aufgefunden: Sammelliste für den Diätenfonds der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands mit Aufruf (ein Exemplar liegt bei). 4. sind gefunden: Abrechnung der Hauptkasse des Allgemeinen Deutschen Schneidervereins <sup>93)</sup> (ein Exemplar liegt bei). 5. geht namentlich aus den vielen aufgefundenen Briefen des Derossi in Hamburg hervor, daß von dort aus die ganze Parteiorganisation betrieben und die Agitation geleitet wird. Es werden Agitatoren durch Derossi angestellt und besoldet und diesen auch die nötigen Direktiven gegeben.	Die Tätigkeit des Vereins besteht in Abhaltung regelmäßiger wöchentlicher Vereinsversammlungen sowie in häufiger Abhaltung allgemeiner Volksversammlungen, welche von den Hauptagitatoren geleitet werden, ebenso in Verbreitung der von den Agitatoren redigierten „Westfälischen Freien Presse“. <sup>94)</sup> Dieses Blatt wurde bis vor kurzem in ca. 3000 Exemplaren abgesetzt, hat aber infolge der Attentate etwa 500 Abonnenten verloren.	Abgesehen davon, daß der Verein sich selbst als eine sozialdemokratische Vereinigung bezeichnet, statutenmäßig die Wahl von sozialistischen Volksvertretern mit allen gesetzlichen Mitteln zu erstreben sucht, spricht die ganze Vergangenheit und Tätigkeit desselben, seine Verbindung mit der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands, die fortwährende Hetzerei und den Klassenhaß schürende Tätigkeit seiner Führer durch Wort und Schrift dafür, daß derselbe als eine sozialdemokratische der Untergrabung der bestehenden Gesellschaftsordnung dienende Vereinigung zu erachten ist. Wenn daher für die Sozialdemokratie Ausnahmegesetze erlassen werden möchten, dann müßte in erster Reihe auch dieser Verein mit allen seinen Nebenvereinen davon betroffen werden und solche um so mehr zu verbieten sein, als die größte Anzahl der Mitglieder aus unreifen Bur-schen und sonstigen durch die Agitatoren verführten Arbeitern besteht. Sonstige Bemerkungen. Am 21. Juni c. hat der Vorstand des Vereins die Auflösung desselben zwar angezeigt, der Verein nach dieser Zeit auch eine Tätigkeit nicht mehr entwickelt, jedoch mit Rücksicht auf die Persönlichkeiten der Vorstands- und einiger sonstiger Mitglieder des Vereins läßt sich annehmen, daß diese Auflösungsanzeige nur zum Schein erfolgt ist und der Verein, sobald sich ihm nur eine passende Gelegenheit darbietet, auch allsogleich wieder in Aktivität treten wird.  Dortmund, den 6. August 1878. Der Polizei-Inspektor gez. Saarmann.«

## »Nachweisung der sozialdemokratischen Agitatoren, welche im Bezirke wohnen

Nr.	Name	Wohn- resp. Aufenthaltsort	Stand	Sonstige Personalverhältnisse Bestrafungen I. Agitatoren von höherer Bedeutung
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
1.	Tölcke, Carl Wilhelm	Dortmund, früher Iserlohn	Winkelkonsulent (Volksanwalt)	61 Jahre alt, evangelisch, verheiratet, sieben Kinder, bestraft: a) durch Erkenntnis des Kreisgerichts Iserlohn vom 20. Mai 1850 resp. des Appellationsgerichts Hamm vom 17. September 1851 wegen Unterschlagung von Auktionsgeldern in der damaligen Eigenschaft als gerichtlicher Zivilsupernummerar mit 300 rth Geldstrafe evtl. 1 Jahr Gefängnis, Versetzung in die II. Klasse des Soldatenstandes, Verlust der Nationalkokarde und der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter. b) durch Erkenntnis des Kreisgerichts Iserlohn vom 21. Mai 1856 wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und Amtsbeleidigung mit 6 Monaten Gefängnis (in der Appellationsinstanz auf 3 Monate ermäßigt). c) durch Erkenntnis desselben Gerichts vom 24. Februar 1864 wegen Betrugs mit 5 rth Geldbuße evtl. 2 Tagen Gefängnis. d) desgl. vom 18. Sept. 1865 wegen Winkelschriftstellerei zu 30 rth Geldbuße evtl. 3 Wochen Gefängnis. e) desgl. vom 21. März 1866 wegen Amtsbeleidigung sowie wegen Schmähung der Einrichtungen des Staates mit 4 Wochen Gefängnis (im Gnadenwege erlassen). f) desgl. vom 13. Mai 1868 wegen Beleidigung eines Reichstagsabgeordneten mittels der Presse mit 10 rth Geldbuße evtl. 4 Tagen Gefängnis. g) durch Erkenntnis der Gerichtsdeputation Altena vom 24. Oktober 1877 wegen Amtsbeleidigung mit 30 M. evtl. 6 Tagen Haft. h) durch Erkenntnis des Kreisgerichts Dortmund vom 18. Juni 1878 wegen Beleidigung durch die Presse zu 6 Monaten Gefängnis (es ist appelliert).

## oder sich daselbst aufgehalten haben.

a) Ort resp. Bezirk der agitatorischen Tätigkeit b) Art der letzteren	Gutachten bezüglich einer etwaigen Ausweisung aus dem Kolonne 6 bezeichneten Bezirke
(6)	(7)
a) Kreise Dortmund Stadt und Land, Bochum Land, Iserlohn, Hagen und Altena. b) Veranstaltung sozialdemokratischer Versammlungen in Stadt und Land; Mitarbeiterschaft an der „Westfälischen Freien Presse“; Versuch der Verbreitung von Mißvergühen und Aufregung nicht bloß im Arbeiterstande, sondern auch unter der angesessenen Landbevölkerung; Wirkelschriftstellerei der boshaftesten Art, durch welche das Ansehen der Behörden untergraben wird.	Tölcke ist der Vater der westfälischen Sozialdemokraten und ein ebenso bösertiges wie fähiges und deshalb im höchsten Grade gefährliches Subjekt. Namentlich versteht er es meisterhaft, die Massen durch seine Reden in öffentlichen Versammlungen, in denen er im Laufe des Frühjahrs wöchentlich auftrat, aufzuregen und zu fanatisieren. Er wird in den Wahlkreisen Dortmund und Bochum regelmäßig als Reichstagskandidat aufgestellt und erhielt in dem erstgedachten Wahlkreise 1877 an 3600 Stimmen, — in diesem Jahre allerdings nur noch 2057. Die Ausweisung wird evtl. nicht bloß auf den ad 6a bezeichneten Bezirk, sondern auf die Regierungsbezirke Arnsberg und Düsseldorf auszudehnen sein, in welchen letzteren er die vielverzweigtesten Verbindungen besitzt.

Nachweisung der sozialdemokratischen Agitatoren, welche im Bezirke wohnen

Nr.	Name	Wohn-resp. Aufenthaltsort	Stand	Sonstige Personalverhältnisse Bestrafungen I. Agitatoren von höherer Bedeutung
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
2.	Kuhl, Julius	Dortmund, früher Duisburg u. Barmen	Redakteur, früher Riemer	31 Jahre alt, evangelisch, verheiratet, drei Kinder, Mehrfach bestraft wegen Befreiung eines Gefangenen sowie wegen Beleidigung durch die Presse, zur Zeit in gerichtlicher Haft befindlich.
3.	Bönsch, Joseph	Dortmund	Schneidermeister und Stadtverordneter	32 Jahre alt, Dissident, verheiratet, ein Kind. Bestraft 1874 wegen Übertretung des Vereinsgesetzes.
4.	Kalbfleisch, Heinrich	Dortmund	Expedient der „Westfälischen Freien Presse“, früher Schneider	30 Jahre alt, Dissident, unverheiratet, Mehrfach bestraft wegen Übertretung des Vereins- und des Preßgesetzes.
5.	Schröder, Ludwig	Dortmund	Schuhmacher, früher Bergmann	30 Jahre alt, Dissident, verheiratet, fünf Kinder. Nicht bestraft.

oder sich daselbst aufgehalten haben.

a) Ort resp. Bezirk der agitatorischen Tätigkeit b) Art der letzteren	Gutachten bezüglich einer etwaigen Ausweisung aus dem Kolonne 6 bezeichneten Bezirke
(6)	(7)
a) Kreise Dortmund Stadt und Land, Bochum und Hagen und bis in die Rheinprovinz. b) Veranstaltung von sozialdemokratischen Volksversammlungen in Stadt und Land, Aufhetzung der Massen durch seine Reden sowie durch die Mitarbeiterschaft an der „Westfälischen Freien Presse“ und anderen sozialdemokratischen Blättern.	Kuhl reicht in Befähigung und Bosheit an den p. Tölcke heran, mit dem er in diesem Frühjahr regelmäßig gemeinschaftlich in den Versammlungen auftrat. Auch hier erscheint wegen der vielen Verbindungen Ausweisung aus den Regierungsbezirken Arnsberg und Düsseldorf notwendig.
a) Stadt Dortmund. b) Beteiligung an der Leitung des sozialdemokratischen Wahlvereins und anderer ähnlicher Vereine sowie häufige Führung des Vorsizes in öffentlichen Versammlungen.	Die Befähigung des Bönsch ist bei weitem geringer wie die der beiden Vorgenannten. Dagegen ist er um so fanatischer und erfreut sich besonderen Ansehens im Arbeiterstande, was auch durch seine Wahl zum Stadtverordneten in der III. Wahlabteilung bekundet wird. Sein Einfluß ist groß genug, um seine Ausweisung, und zwar aus den Kreisen Dortmund, Bochum und Hagen, notwendig zu machen.
a) Stadt Dortmund. b) Tätigkeit in dem sozialdemokratischen Wahlverein sowie als Expedient der „Westfälischen Freien Presse“ und in der Berufung von Versammlungen.	Agitator von besonderer Rührigkeit. Ausweisung wird wie bei 3 beantragt.
a) Stadt- und Landkreis Dortmund. b) Hauptagitator in dem Bergarbeiterverein, Redner in den sozialdemokratischen Versammlungen.	Schröder ist ein Subjekt von ganz besonderer Frechheit und von großem Einflusse unter den Bergarbeitern. Ausweisung erscheint in demselben Umfange geboten wie bei 3.

Arnsberg, den 11. August 1878.

Der Regierungspräsident  
gez.: Steinmann.

## »B. Nachweisung der im Bezirke erscheinenden periodischen Druckschriften

Nr.	Kreis	Name der Zeitung pp.	a) Ort b) Zeit des Erscheinens	Verbreitung	Namen der a) Redakteure b) Verleger c) Drucker
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
1.	Dortmund Stadt	Westfälische Freie Presse	a) Dortmund b) dreimal wöchentlich (Dienstag, Donnerstag, Sonnabend)	Auflage von 2700 Exemplaren	a) von Mitte 1875 bis 13. Februar 1878 H. Ostermann, vom 13. Februar bis 1. April 1878 Julius Kuhl, seit 1. April 1878 G. Heilmann, Schriftsetzer; b) von Mitte 1875 bis dahin 1877 Schnelder C. H. Kalbfleisch, seitdem: b) und c) Westfälische Genossenschafts-Buchdruckerei, eingetragene Genossenschaft, vertreten durch Bönsch, Kalbfleisch und Fickermann.

## mit sozialdemokratischer Tendenz.

Verurteilungen während der letzten 3 Jahre	Gutachten bezüglich eines evtl. Verbotes des Blattes
(7)	(8)
<p>15 Verurteilungen durch den Strafrichter, 7 strafrechtliche Untersuchungen schweben noch.</p> <p>Von den Redakteuren wurde verurteilt:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Ostermann (jetzt in Haft) <ul style="list-style-type: none"> <li>a) wegen Majestätsbeleidigung einmal zu 1 Jahr Gefängnis,</li> <li>b) wegen Teilnahme an einer Majestätsbeleidigung und Preßvergehens einmal zu 1 Monat Gefängnis,</li> <li>c) wegen Beleidigung durch die Presse und Preßvergehens siebenmal zu 70, 30, 300 und 100 M Geldbuße, evtl. 7, 5, 30 und 20 Tagen Gefängnis, sowie zu 1 Monat, 2 Monaten und 1 Woche Gefängnis.</li> </ul> </li> <li>2. Kuhl (jetzt in Haft) wegen Beleidigung durch die Presse zu 4 Monaten, 3 Wochen und 1 Jahr Gefängnis.</li> <li>3. G. Heilmann wegen Beleidigung durch die Presse zu 3 Monaten Gefängnis.</li> </ol> <p>Außerdem fanden Verurteilungen der Verleger und Mitarbeiter statt.</p>	<p>Die „Westfälische Freie Presse“ ist im Jahre 1875 lediglich als Organ für die sozialdemokratische Agitation in dem Westfälischen Industriebezirke gegründet worden und hat, diesem Zwecke mit vielem Geschicke und großem Erfolge gedient. Jede Zeile des Blattes ist auf Aufhetzung der Arbeiterbevölkerung gegen die staatliche und gesellschaftliche Ordnung gerichtet, und die außerordentliche Verbreitung, welche die sozialdemokratischen Anschauungen unter der Berg- und Fabrikarbeiterbevölkerung der Kreise Dortmund und Bochum während der letzten beiden Jahre gewonnen haben, darf zum großen Teile auf das Erscheinen desselben zurückgeführt werden. Die Führer der sozialdemokratischen Agitation sind seine Mitarbeiter, namentlich Tölcke, Kuhl, Bönsch, Klein u. a. Das Verbot erscheint unter diesen Umständen dringend notwendig, und zwar auf die Dauer.</p>

## Anhang

Die in Kolonne 6 der vorstehenden Nachweisung sub c aufgeführte Westfälische Genossenschafts-Buchdruckerei, eingetragene Genossenschaft, vertreten durch Bönsch, Kalbfleisch und Fickermann, ist lediglich zum Zwecke des Druckes der „Westfälischen Freien Presse“ sowie der sozialdemokratischen Flugblätter für die Wahlen usw. gegründet und dementsprechend seitdem benutzt worden. Sie muß als spezifisch sozialdemokratische Druckerei bezeichnet werden und würde evtl., und zwar auf die Dauer, zu schließen sein.«

**Regierungs-Rat Walter (Arnsberg) an den Innenminister in Berlin  
über sozialdemokratische Versammlungen in Blankenstein, Kreis Hattingen**

Arnsberg, den 3. Juli 1885

Euer Exzellenz beehren wir uns gehorsamst zu berichten, daß in Blankenstein, Kreis Hattingen, am 28. v. Mts. sozialdemokratische Versammlungen stattgefunden haben.

Der Landrat des Landkreises Bochum, welchem von der beabsichtigten Versammlung am 27. v. Mts. abends Mitteilung gemacht worden war, hat den Gendarmerie-Oberwachtmeister Weber aus Bochum in Zivil zur Überwachung entsendet, ein gleiches ist von seiten des Ersten Staatsanwaltes zu Elberfeld durch Commitierung des dortigen Polizei-Kommissars Lelens geschehen. Nach dem Ergebnisse der angestellten Ermittlungen ist der Verlauf der Sache folgender gewesen:

Am Morgen des 28. v. Mts. haben etwa 25 Personen, unter welchen sich 5 weibliche befanden, die Burg Blankenstein besucht, einige von ihnen haben die Burg ruine erstiegen, dort gesungen und mit einem an einem Stocke gebundenen roten Tuche nach der unterhalb befindlichen Chaussee gewinkt, welcher Gruß aus der Mitte eines dort einherziehenden Trupps in gleicher Weise erwidert worden ist. Auf Veranlassung des Wirtes, welcher die Restauration auf der Burg inne hat, ist das Singen eingestellt, und die inzwischen aufgestellte rote Fahne von der Plattform entfernt, welche die Besucher verlassen haben, um sich in dem an dieselbe grenzenden Garten niederzulassen, aus welchem sie sich demnächst entfernt haben.

Am Nachmittage des 28. v. Mts. um 3 Uhr haben sich 80 bis 100 Personen einschließlich 10 bis 15 Weiber und Kinder im Garten des Wirtes Schwager in Blankenstein zusammengefunden. Die Leute, welche in Trupps von 8 bis 10 Personen eingetroffen waren, haben unter dem Vorgeben, daß sie einen Geburtstag feiern und sich deshalb in einem entlegenen Teile des Gartens niederlassen wollten, ein Faß Bier verlangt, was ihnen indessen verweigert worden ist. Der politisch zuverlässige Wirt hat die Leute für harmlose Touristen gehalten und sie durch seine Schwester bedienen lassen; als diese ihm aber mitteilte, daß die Gäste in bedenklicher Weise politisierten, und daß in ihrem Kreise rote Schlipse zum besten eines erkrankten Genossen verkauft würden, hat er den Leuten, welche die beruhigendsten Versicherungen abzugeben versuchten, das längere Verweilen in seinem Lokal verboten, nachdem ihr Aufenthalt in demselben etwa eine Stunde gedauert hatte.

In der Versammlung im Schwager'schen Garten ist ein etwa 35jähriger Mann mit schwarzem Haar, wenig Bart und Drüsennarbe an der einen Seite des Halses als Sprecher aufgetreten, der die Anwesenden aufgefordert hat, sich nach Orten zu gruppieren, damit man die verdächtigen Elemente ermitteln könne. Es sind darauf die Orte Bochum, Hattingen, Essen, Steele, Mülheim genannt worden, worauf der Sprecher aus Zeitungen vorgelesen und geäußert, daß er zur Zeit in oder bei Essen wohne, am 1. Juli aber nach Bochum überzusiedeln gedenke. Nach dem Abzuge der Leute, welcher wieder in einzelnen Trupps erfolgt ist, ist

die Nummer 2 des »Sozialdemokrat« vom 8. Januar dieses Jahres im Schwager'schen Laden vorgefunden worden, welche dort anscheinend absichtlich zurückgelassen worden ist.

Auch an einer entlegenen Stelle des Gethmann'schen Gartens in Blankenstein hat am Nachmittage des 28. v. Mts. eine Anzahl von etwa 25 mit roten Rosen und Schleifen versehenen Personen, unter welchen sich 6 Frauen befanden, einer von einem nicht näher zu bezeichnenden Mann gehaltenen Ansprache zugehört, welche beim Hinzukommen des Gendarmerie-Oberwachtmeisters Weber um 5½ Uhr nachmittags mit den Worten geschlossen worden ist: »... sondern nur einen Herrgott; auf Wiedersehen Kameraden.«

Der Beamte hat vorher ein Hoch – wahrscheinlich auf Lassalle – ausbringen und die Marseillaise anstimmen hören. Bei seinem Erscheinen haben sich die Versammelten entfernt.

Nach den von dem Polizei-Kommissar Lelens angestellten Ermittlungen haben sich die Teilnehmer der Versammlung in dem Gethmann'schen Garten erst um 5 Uhr dort zusammengefunden.

Die bei dem Wirt der Burg Blankenstein dort am Morgen versammelt gewesenen Leute haben sich nach dem Berichte des Lelens, als sie sich aus dessen Garten entfernt hatten, nach Hattingen begeben, sind in dem Walde zwischen Blankenstein und Hattingen mit einer „Deutschland, Deutschland über alles“ singenden Turnerschar zusammengetroffen, haben dieses Lied durch wüstes Geschrei zu übertönen gesucht, ihre Absicht indessen nicht erreicht, sondern unter den Klängen des von den Turnern angestimmten Liedes: „Ich bin ein Preuße, kennt ihr meine Farben“ abziehen müssen.

Der Lelens hat bei seinem unmittelbar vor dem Abgange des letzten Zuges von Hattingen über Sprockhövel erfolgten Eintreffen in Hattingen dort eine große Anzahl Elberfelder und Barmener Sozialdemokraten – unter ihnen Cordes und Dastig aus Elberfeld und Hülle aus Barmen angetroffen, nimmt aber an, daß die Mehrzahl nach dem letzteren Orte gehört haben, weil sie an den dortigen Stationen den Zug verließen. Von Dastig hat derselbe erfahren, daß es auf dem gemeinsamen Ausfluge nach Hattingen wieder verschiedene Auseinandersetzungen gegeben habe, wobei Dastig bemerkte, daß er das Agitieren nunmehr aufgeben und, sobald sich ihm eine Gelegenheit böte, nach Berlin zurückgehen wolle, weil überall nur Undank geerntet werde. Lelens nimmt an, daß in Hattingen am 28. v. M. ein Parteitag der Sozialdemokraten abgehalten worden sei, weil dort mehrere Sozialdemokraten zurückgeblieben sind, die ihren Parteigenossen das Geleite zur Bahn gegeben hatten.

Diese Ansicht wird in dem hierher gerichteten Schreiben des Ersten Staatsanwalts zu Elberfeld vom 29. v. Mts. auf Grund des Ergebnisses vertraulicher Ermittlungen bestimmter dahin ausgesprochen, daß es sich bei den fraglichen Versammlungen um einen sozialdemokratischen Parteitag für Rheinland und Westfalen gehandelt habe. Derselbe führt aus, daß eine Aufhebung des Parteitages nicht ratsam sei, weil die Teilnehmer nach zuverlässigen Mitteilungen weder Mitgliederverzeichnisse, Beitragslisten, Geheimkorrespondenz, Chiffrierschlüssel, verbotene Druckschriften, noch andere Beweismittel für das Vorhandensein ihrer Geheimverbindung führten.

Indessen werde eine solche Geheimverbindung gemäß §§ 128, 129 RStG, die ihren Sitz in Barmen-Elberfeld habe dortseits angenommen, und es sei ein bezügliches

Ermittlungsverfahren anhängig. Die Einladungen zu dem Parteitage sind nach der Angabe des Ersten Staatsanwaltes von Barmen-Elberfeld ausgegangen. Anwesend waren u. a. aus Barmen: Köllinghoff, Hülle, Tappen, Alb. Enke, Jul. Schmitz-und Ehefrau Braun; aus Elberfeld: Dastig und Cordes. Aus Essen: Carl Lamvertz, Mosbacher und Geldern; aus Wülfrath: Happe; aus Langenberg: Louis Martin; aus Steele: Lamberti und Dahl; aus Velbert: Schwarz; aus Bredenstein bei Hattingen: Otto Grote; aus Annen: Balling; Jüllenbach und Robert Framme aus Witten; aus Gelsenkirchen: Wilhelm Goldbeck.

Als Redner haben von ihren Plätzen gesprochen: Dastig über Agitation und Organisation in Barmen und Elberfeld; Hülle: über die Verbindung der Partei Rheinlands und Westfalens; Lamberti und Jüllenbach: über Organisation; Happe: über Produktiv-Assoziation. Beschlossen wurde:

1. Organisation der sozialdemokratischen Partei Rheinlands und Westfalens,
2. Absendung von Rednern aus Elberfeld und Barmen nach Westfalen, – Hülle und Dastig erboten sich hierzu freiwillig,
3. Abhaltung gleichartiger fernerer Versammlungen und Zustimmung zu dem Verhalten Bebels in dessen Streit mit Frohme.

Von dem Ersten Staatsanwalt zu Elberfeld sind uns weitere Mitteilungen in dieser Angelegenheit in Aussicht gestellt und der Verwalter des Landrats-Amtes Hattingen wird die von ihm erstatteten Berichte, deren wesentlicher Inhalt im Vorstehenden wiedergegeben ist auf Grund der fortgesetzten Ermittlungen vervollständigen.

Dem Herrn Ober-Präsidenten unserer Provinz und dem dortigen Königlichen Polizei-Präsidium sind Abschriften dieses Berichtes überreicht bez. mitgeteilt worden.

Quelle: Staatsarchiv Münster, Oberpräsidium Nr. 2693, Bd. 1, Bl. 263 ff.

Druck: K. A. Hellfaier, Probleme und Quellen . . . , S. 181 ff.

Arnsberg, den 27. Mai 1890.

StA Münster, Oberpräsidium B. Nr. 2693, Vol. 2, fol. 123–138.

Berichterstatter: Regierungs-Assessor Bredow.

### I. Fortschritt oder Rückschritt?

#### A. Beziehungen zur Bergarbeiterbewegung.

Die sozialdemokratische Bewegung kam während des letzten Winterhalbjahres vorzugsweise in den fortdauernd lebhaften Bestrebungen der Bergarbeiter des Ruhrkohlenreviers und in der Agitation für die Reichstagswahl zum Ausdruck. Die Leitung der Bergarbeiterbewegung war bereits bei Erstattung des letzten Semesterberichts von dem Vorstände des Verbandes zur Wahrung und Förderung bergmännischer Interessen in Rheinland und Westfalen übernommen und die schon damals ausgesprochene Befürchtung, daß selbst wenn der Verband nicht als eine sozialdemokratische Schöpfung anzusehen wäre, die Gefahr sozialdemokratischer Ausartung und Ausnutzung doch naheliege, hat inzwischen ihre volle Bestätigung erhalten.

Der Verband zählte am Schlusse des Jahres 1889 gegen 180 Zahlstellen und gegen 22 000 Mitglieder im ganzen Gebiete des Ruhrkohlenreviers und umfaßt jetzt 209 Zahlstellen mit 29 153 Mitgliedern.\*)

Die hauptsächlichen Vorgänge in der von dem Verbandsvorstand beeinflussten bzw. von ihm vollständig veranlaßten und unterhaltenen Bergarbeiterbewegung waren folgende:

Seitens des Vereins für bergbauliche Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund waren nach dem großen Bergarbeiterausstande im vorigen Jahr Vereinbarungen über die Nichtannahme der auf einer Zeche entlassenen Arbeiter auf einer anderen getroffen worden. Die Vereinbarung hatte ursprünglich nur bis zum 1. September v. J. Gültigkeit und verfolgte den Zweck, die Disziplin unter den Belegschaften wieder zu festigen und agitatorische Elemente aus denselben zu entfernen. Dieselbe wurde jedoch wiederholt verlängert, führte in zuweitgehender und ungerechter Ausdehnung schließlich zu einer Beschränkung der wirtschaftlichen Freizügigkeit und erzeugte je größer die Zahl der betroffenen Bergleute wurde, Erregung im ganzen Ruhrkohlenrevier. Die Vorstandsmitglieder und Redner des Bergarbeiterverbandes nahmen sich der gemäßregelten Bergleute an, forderten in zahlreichen Versammlungen die Aufhebung der Arbeitssperren und drohten für den Fall der Ablehnung mit dem Beginn eines neuen allgemeinen Bergarbeiterausstandes. Durch die zahlreichen Versammlungen und die Heftigkeit der in denselben gegen die Grubenverwaltungen erhobenen Vor-

\*) Bestand am 20. Mai d. J. 202 Zahlstellen mit 28 409 Mitgliedern, also ein Rückgang von 7 Zahlstellen und 744 Mitgliedern.

würfe wurde die Erregung und Erbitterung unter den Bergleuten auf das Höchste gesteigert und während der Monate November und Dezember war der Ausbruch eines neuen Ausstandes unmittelbar bevorstehend. Durch das Eingreifen der Behörden wurde der bergbauliche Verein zur Aufhebung der Sperre veranlaßt und die unmittelbare Gefahr des Ausstandes beseitigt.

Daß es in Wirklichkeit dem Vorstande des Verbandes nicht sowohl auf Vertretung und Wahrung der Interessen der Bergarbeiter, als auf die Erregung und Erbitterung der Bergarbeiter gegen die Zechenverwaltungen ankommen konnte, war nach dem Inhalte der Reden und den Versammlungen, welche vielfach sozialdemokratische Anklänge enthielten, wahrscheinlich geworden, mußte aber nach der öffentlichen Kundgebung des bergbaulichen Vereins über die Annahme der früher entlassenen Arbeiter unzweifelhaft werden. Seitens der Führer des Bergarbeiterverbandes wurde sofort Mißtrauen gegen die Kundgebungen des Vereins zum Ausdruck gebracht und, um Schwierigkeiten zu schaffen, die Forderung gestellt, daß sämtliche entlassenen Bergleute auf der Grube wieder anzulegen, von welcher sie entlassen seien. Gleichzeitig wurde eine Kommission eingesetzt, welche die Aufhebung der Sperre überwachen und Beschwerden entgegennehmen sollte.

Die Zechenverwaltungen erfüllten ihre Zusagen in der weitgehendsten Weise, und die Kommission erhielt ungeachtet der wiederholten Aufforderung zur Anbringung von Beschwerden kein die Zechenverwaltungen belastendes Material. Gleichwohl wurde von den Führern des Verbandes kein Wort zur Beruhigung der Bergleute laut, sondern es wurde, nachdem aus der Arbeitersperre ein Grund zur Erbitterung der Arbeiter nicht mehr herzuziehen war, die Forderung der Lohnerhöhung geltend gemacht, obwohl die Löhne bereits eine nicht unerhebliche Steigerung erfahren hatten und eine weitere Erhöhung von den Zechenverwaltungen in Aussicht gestellt war. Unter den heftigsten Beschuldigungen und Ausfällen gegen die Grubenbesitzer nach sozialdemokratischen Mustern und Verurteilung des jetzigen Wirtschaftssystems wurde die Agitation für den Beginn eines neuen Ausstandes fortgesetzt und Ende Januar bzw. Anfang Februar war die Erbitterung unter den Belegschaften gegen die Verwaltungen wieder so gewachsen, daß der Ausbruch des Ausstandes noch vor den Reichstagswahlen befürchtet werden mußte. Der Vorstand des Verbandes hatte die Forderung der Lohnerhöhung gebilligt, jedoch den Ausstand als solchen wegen der damit verbundenen Gefahr des Zusammenbruchs des Verbandes abgelehnt. Die Ablehnung war aber recht matt ausgefallen. Dies änderte sich, als von der sozialdemokratischen Parteileitung in Berlin ein Ausstand vor den Reichstagswahlen für unangezeigt erklärt wurde. Nunmehr trat der Vorstand des Verbandes entschieden auf und es gelang ihm binnen kurzem, die Ausstandsgefahr gänzlich zu beseitigen. Die hervorragenden Führer und Redner des Verbandes waren auch bereits in die Agitation für die Reichstagswahl eingetreten und hatten die Forderung der Aufstellung eines Bergarbeiter-Kandidaten erhoben. Die einzelnen Zahlstellen folgten

diesem Beispiel und in den Versammlungen derselben fanden politische Erörterungen mehr und mehr Eingang. Als der Tag der Reichstagswahl näher herarrückte und die Kandidaten benannt werden mußten, ließen die Führer des Verbandes mit Ausnahme von BUNTE, welcher in berechnender Weise die Ablegung eines bestimmten politischen Bekenntnisses vermied, tatsächlich aber wie die übrigen handelte, die Maske fallen und es wurden die Sozialdemokraten, Rechtskonsulent TÖLCKE für den Wahlkreis Dortmund und Schreiner LEHMANN aus Düsseldorf für den Wahlkreis Bochum aufgestellt. Die vom Vorstandsvorstande zum Verbandsorgane gewählte Bergarbeiterzeitung »Glück auf« in Zwickau, auf welche ich später noch näher eingehen werde, brachte in die Mitteilung der Aufstellung TÖLCKES als Reichstagskandidaten mit dem Bemerkten, daß die Kandidatur auch in den Bergarbeiterkreisen mit großer Befriedigung aufgenommen werden würde. BUNTE hat auf die in einer Versammlung dieserhalb gestellte Anfrage die Aufnahme der Mitteilung als versehentlich geschehen bezeichnet, eine berichtigende Erklärung ist aber unterblieben.

Die Erregung in der Bergarbeiterbewegung selbst wurde während dieser Zeit in folgender Weise wachgehalten. Dem Vorstande des Verbandes war mehrfach von den Zechenverwaltungen und auch in den Zeitungen die Berechtigung abgesprochen worden, im Namen der Belegschaften des Ruhrkohlenreviers aufzutreten, weil nur etwa  $\frac{1}{5}$  der Belegschaften dem Verbandsverbande angehören. Seitens derselben wurde daher in Anregung gebracht, daß von den einzelnen Belegschaften Delegierte gewählt und denselben die weitgehendsten Vollmachten mit der Maßgabe gegeben würden, diese Vollmachten wieder auf den Verband übertragen zu dürfen. Gleichzeitig wurden folgende Forderungen, welche die Delegierten den Zechenverwaltungen vorlegen sollten, formuliert.

#### Forderungen

der Bergleute von Rheinland und Westfalen, gestellt vom Vorstande des Verbandes zur Wahrung und Förderung bergmännischer Interessen in Rheinland und Westfalen

an

den Verein zur Wahrung der bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund zu Händen des Herrn Dr. NATORP, Essen, Geschäftsführer des vorgenannten Vereins.

Trotz des fortwährenden Steigens der Kohlenpreise, welche schon jetzt auf einer noch nie dagewesenen Höhe stehen, sind die Löhne der Bergleute in gar keinem Verhältnis zu diesen enormen Preisen aufge bessert. Die geringfügigen Lohnerhöhungen, welche seit dem Ausstande vom Mai 1889 erfolgten, sind sogar noch durch Lohnreduktionen auf verschiedenen Zechen andererseits wieder zu Null herabgedrückt. Hierzu kommt noch das Steigen der Mieten und sämtlicher Lebensmittelpreise, sogar die Brandkohlen sind den Bergleuten von mehreren Zechen in die Höhe geschraubt, so daß dem Arbeiter im Kar pfe r lie Fix ter

faktisch das Messer an der Kehle sitzt. Der Verband zur Wahrung und Förderung bergmännischer Interessen in Rheinland und Westfalen, als Vertreter der materiellen Interessen der Bergleute stellt deshalb folgende Forderungen:

- I. Eine allgemeine Lohnerhöhung von 50%, beginnend mit dem 1. Februar 1890.
- II. Eine präzise Festsetzung der Schichtdauer auf acht Stunden pro Schicht, vom Beginn der Einfahrt bis zum Beginn der Ausfahrt. Solange die Schichtdauer nicht genau und glatt auf acht Stunden festgestellt ist, bleibt dies ein Punkt, der zu stetiger Streitigkeit führt.
- III. Aufforderungen zu Überschichten seitens der Beamten sollen nur dann stattfinden, wenn die Überschichten wegen Betriebsunfälle notwendig sind. Das jetzige Vorgehen der Beamten, Schlepper, Bremser, Pferdetreiber, Reparaturbauer etc. zum Verfahren der Überschichten aufzufordern, ist einem indirekten Zwange gleich zu achten und führt zu immerwährenden Konflikten.
- IV. Wegfall sämtlicher Kohlenabzüge. Es sind diese weder durch Mindermaß noch durch Unreinheit gerechtfertigt. In Fällen, wo gröbere Verunreinigungen vorkommen, die nicht durch die Flözverhältnisse herbeigeführt werden, sind Handhabungen genug vorhanden, um solche abzuändern.
- V. Eine zweimalige Lohnzahlung in jedem Monat, welche in der Art, wie die monatlichen Löhnungen, stattfinden sollen. Außerdem zwischen diesen Löhnungen eine regelmäßige Vorschußzahlung, in der Weise, wie bisher die Abschlagszahlungen erfolgten, und zwar sollen die Löhnungen auf den 5. und 20. stattfinden, so daß nur der Verdienst von ca. 5 Schichten im Rückstande bleibt. Durch die langen Fristen zwischen den monatlichen Auslöhnungen werden, trotz der Abschlagszahlungen, die Bergleute notgedrungen zum Borgen veranlaßt und hierdurch ausgebeutet.

Dem Verein zur Wahrung der bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund werden vorstehende Forderungen zur gef. Annahme unterbreitet. Im Interesse der Arbeitgeber sowohl wie der Arbeitnehmer ist die Bewilligung der gestellten fünf Forderungen von höchster Wichtigkeit. Wir ersuchen deshalb so dringend wie höflich, eine Antwort hierauf bis spätestens den 25. Januar 1890 an das Verbandsbüro zu Bochum, Bongardstraße 19, zu Händen des Herrn Johann MEYER, einzusenden.

Zum Schluß verweisen wir noch auf die zeitgemäßen Worte Sr. Majestät, unseres allergnädigsten Kaisers: „Die Arbeiter lesen die Zeitungen, wissen also, wie der Lohn zum Gewinn der Gesellschaften im Verhältnis steht. Daß sie (die Arbeiter) mehr oder weniger daran teilhaben wollen, ist erklärlich.“

Bochum, den 13. Januar 1890.

Der Vorstand des Verbandes zur Wahrung und Förderung der bergmännischen Interessen in Rheinland und Westfalen.

BUNTE, 1. Vorsitzender. SCHRÖTER, 2. Vorsitzender.

MEYER, Kassierer. BECKMANN, Schriftführer.

BRODAM, Beisitzender. MASSENBERG, Beisitzender.

Joh. MARGRAF, Vorsitzender des Kontrol. Ausschusses.

Nachträglich ist dann auch für die Delegierten noch die Anerkennung der von ihnen beanspruchten Befugnis gefordert, im Namen der ganzen Belegschaften nach Belieben kündigen zu dürfen.

Der Aufforderung des Vorstandes des Bergarbeiterverbandes entsprechend haben fast überall Wahlen von Delegierten stattgefunden, an denselben beteiligte sich aber nur eine verhältnismäßig geringe Anzahl der Mitglieder der einzelnen Belegschaften und zwar meist nur die jüngeren und unbesonnenen Elemente. Aus diesem Grunde und weil mehrfach die Gewählten die Wahl ablehnten, sind schließlich als Delegierte sehr wenig gemäßigte Persönlichkeiten und fast durchgängig Sozialdemokraten gewählt worden. Von den Delegierten wurden den Zechenverwaltungen die vorstehend aufgeführten Forderungen überreicht, aber wie selbstverständlich, von den Verwaltungen allgemein abgelehnt. Infolge der Ablehnung kam es auf einer Reihe von Zechen zum partiellen Ausstände. Da aber die Zechenverwaltungen fest auf ihrem ablehnenden Standpunkte verharrten, den weiter arbeitenden Bergleuten genügender polizeilicher Schutz gegen die Belästigungen und Ausschreitungen der Ausständigen durch Verstärkung der Gendarmerie gewährt werden konnte, auch die Bevölkerung den maßlosen Forderungen und dem vertragswidrigen Vorgehen keinerlei Sympathie entgegenbrachte, sahen sich die Delegierten, nachdem die ausständigen Arbeiter bereits zum Teil von selbst die Arbeit wieder aufgenommen hatten, in einer am 1. April zu Bochum abgehaltenen Versammlung genötigt, den Ausständigen die Wiederaufnahme der Arbeit anzuempfehlen. Hiermit war der Ausstand beendet.

Der sozialdemokratische Charakter der Agitation in der Bergarbeiter-Bewegung trat hervor

1. in der Aufstellung maßloser, schlechthin unerfüllbarer wirtschaftlicher Forderungen,
2. in der Erhebung der heftigsten Beschuldigungen gegen die Bergwerksbesitzer und Grubenverwaltungen unter ständiger Wiederholung sozialdemokratischer Schlagworte, wie »kapitalistische Ausbeutung, Unterdrückung der Arbeiter, weiße Sklaverei, Hungerlöhne, Beteiligung der Arbeiter an der Produktion«. Ein Beispiel der verhetzenden Agitation bieten folgende Worte aus einer Rede SIEGELS aus Dorstfeld, welche er in der Verbandsversammlung am 12. Januar in Sölde, Kreis Hoerde, hielt: »Der Bruder des früheren Ministers von PUTTKAMER, ein Landrat, stellte im Abgeordnetenhaus einmal den Antrag, Chinesen als Arbeiter anzunehmen und in Deutschland anzusiedeln. Er habe für 3 Mark Lohn täglich und freie Kost keine Arbeiter bekommen können, so daß er die Kartoffeln in der Erde habe sitzen lassen müssen. – Nun, meine Herren, auf der Zeche Zollern arbeiten mindestens 100 Mann, welche aus der Gegend des Herrn PUTTKAMER sind als Schlepper

für einen Schichtlohn von 2 Mark. Wenn diese Leute in ihrer Heimat 3 Mark und freie Kost verdienen könnten, würden sie gewiß nicht hierher gekommen sein. Ich hätte zwar ganz gern gesehen, daß man Chinesen in Arbeit genommen hätte; dieselben haben nämlich verschiedene gute Eigenschaften. So haben sie einige schöne Vereinbarungen untereinander getroffen. Ich habe z. B. einmal ein Dings gelesen, daß der Meister immer nur einen Lehrling in China halten darf. Wer zwei Lehrlinge annimmt, wird zum Tode verurteilt und so wurde an einem solchen Meister die Exekution vollzogen, indem er von 23 anderen Chinesen zu Tode gebissen wurde, das heißt, jeder dieser 23 biß dem armen Meister ein Stück aus, bis er seinen Geist aufgab. Wie schön wäre es nun, wenn wir hier auch solche Chinesen hätten, welche einen Direktor oder Betriebsführer, welcher Versprechungen machte, sie nachher aber nicht hielt, einfach zu Tode bissen. (Anhaltende Bravorufe.) Und Herr MEYER berichtete, daß der Sklave in Afrika gute Speisen und Getränke erhält, nach einigen Jahren dürfe derselbe heiraten und nach 14 Jahren bekomme er die Freiheit. Demgegenüber ist hier die raffinierte Ausbeutung durch die Kapitalisten ein Greuel. Nun, wenn die Sklaven in Afrika es besser haben, als die zivilisierten Deutschen, ich denke das heißt genug.«

3. in der Zitierung von Bibelstellen zur Belegung der aufgestellten Behauptungen, welche stets einen ironischen Charakter hatten und mehrfach an Gotteslästerungen streiften, ohne daß aber eine strafgerichtliche Verfolgung zu ermöglichen gewesen wäre. So sagte SCHROEDER in der Versammlung vom 13. Oktober 1889 zu APLERBECK: »Wir wissen ja auch, daß wir keine Überschichten brauchen, daß wir uns in acht Stunden müde arbeiten können. Unser Herrgott hat die Welt in sechs Tagen geschaffen, er hat nicht länger gearbeitet und lebt doch von seiner Pension.«
4. in der Annahme einer auf die Enteignung der Bergwerke und die Übergabe derselben in das gemeinschaftliche Eigentum der selbständigen Leiter, Beamten und selbständigen Arbeiter gerichteten Resolution. Zum Zwecke der Agitation für die Resolution wurden vom Vorstande des Bergarbeiterverbandes Vorträge des Dr. STÖPEL aus Berlin veranstaltet und in derselben eine Resolution folgenden Wortlautes zur Abstimmung, die stets zur Annahme führte, gebracht.

#### Resolution

In Erwägung, daß der im Bergbauwesen zwischen den Bergwerksbesitzern und den besitzlosen Bergleuten bestehende rechtliche und wirtschaftliche Widerstreit nur dadurch vollständig beseitigt und der soziale Frieden nur dann dauernd und sicher hergestellt werden kann, wenn die Bergwerke in den Besitz der dieselben für das Gemeinwohl nutzbar machenden selbständigen Arbeiter, Beamten und Leiter derselben übergehen; in fernerer Erwägung, daß, wenn geeignete Rechtsformen geschaffen sind, um die Bergwerks-Unternehmungen zum gemeinschaft-

lichen Eigentum, oder richtiger Herrentum, der gegenwärtigen Besitzer und namentlich der sogenannten Aktionäre von Aktiengesellschaften zu machen, es auch nicht schwierig sein kann, andere Rechtsformen herzustellen, welche dieselben in das gemeinschaftliche Eigentum der in ihnen selbsttätigen Leiter, Beamten und selbständigen Arbeiter umwandeln; in endlicher Erwägung, daß diese und ähnliche Eigentumsumwandlungen in größerem Umfange, wie insbesondere bei der Befreiung des Bauernstandes und bei dem Übergange der Eisenbahnen auf den Staat, wiederholt durch Enteignung vorgenommen sind und in kleinerem Maßstabe, wie bei der Anlegung von Wegen, Straßen, Kanälen, Festungen, Wasserwerken, öffentlichen Gebäuden usw. auf dieselbe Weise fast alltäglich vollzogen werden, beschließt die Versammlung des Verbandes zur Wahrung und Förderung bergmännischer Interessen in Rheinland und Westfalen in Gemeinschaft mit dem gesamten deutschen Bergmannsstande bei den Reichstagswahlen, bei dem Reichstage, dem Bundesrat und bei Sr. Majestät dem deutschen Kaiser hierauf hinzuwirken, daß sämtliche deutschen Bergwerks-Unternehmungen durch Enteignung der bisherigen Besitzer in das dauernde, gemeinschaftliche und unveräußerliche Eigentum der in denselben selbsttätigen Leiter, Beamten und selbständigen Arbeiter übergehen, wie daß bis zum Vollzuge dieses Überganges schleunigst ein Bergbau-Notgesetz erlassen werde, welches den schwersten gegenwärtigen Mißständen durch etwaiges unmittelbares Einschreiten der Organe der Staatsbehörden nach Möglichkeit vorläufige Abhilfe zu verschaffen im Stande ist.

5. In Hinweisen auf den internationalen Charakter, welchen die Bergarbeiterbewegung habe und haben müsse. Hervorgehoben sei hier nur folgende Stelle aus der Rede von GERLACH-UNNA auf der Verbands-Versammlung zu Holzwickede, Kreis Hoerde: »Wir wollen vorläufig nur einen nationalen Verband . . . Wenn dann unsere Wünsche und Forderungen nicht berücksichtigt werden, dann müssen wir es einer späteren Zeit überlassen. Wir würden uns dann aber gezwungen sehen, ebenfalls internationale Bündnisse mit anderen Grubenarbeitern aus Frankreich und England abzuschließen.«
6. In der Wahl der in Zwickau erscheinenden sozialdemokratischen Zeitung »Glück auf« zum Verbandsorgane, als welche dieselbe mit verändertem Inseratenteile und unter dem Titel, Zeitung der deutschen Bergleute, erscheint.
7. In der politischen Agitation in Verbandsversammlungen und außerhalb derselben seitens der leitenden Persönlichkeiten im Verbandsverbande. In dieser Beziehung erlaube ich mir, auf die Ausführungen meines an den Herrn Oberpräsidenten erstatteten Berichts vom 11. Januar d. J. A Ib 173, welcher, wie ich annehme, Euer Excellenz vorgelegt ist, ganz gehorsamst Bezug zu nehmen und aus dem vorliegenden Material folgende Reden hier auszugsweise wiederzugeben:
  1. Verbands-Versammlung in Sölde, Kreis Hoerde, vom 12. Januar 1890: SIEGEL: »Warum haben wir uns nicht zusammengerafft und haben andere

Leute in den Reichstag gewählt, welche andere Gesetze schafften . . . Scheuen Sie nicht die Öffentlichkeit, treten Sie auf als Agitatoren und klären Sie das Volk auf . . . darum agieren nicht nur die hier sind, sondern alle anderen Arbeiter, agitiert in der Grube, bei dem Butterbrot-Essen, verschafft den Leuten Aufklärung und sorgt, daß sie Zeitung lesen.«

2. Verbands-Versammlung zu Dorstfeld am 2. Februar 1890:

»Religion und Politik ist ausgeschlossen, aber hauptsächlich sind wir Arbeiter, wir sind Arbeiter, Lohnsoldaten. Wenn der Bergmann zur Schicht geht, zur Nachtschicht, dann denkt er, wozu bist du geboren? Du bist tatsächlich nur dazu da, dein Beutel des Kapitals zu bereichern, inloedessen sage ich, ich habe nicht viel zu sagen, das zu erörtern: gebt dem Manne Eure Stimme, der Euer Interesse wahren tut, daß er das Menschenrecht vertreten tut. Ihr wißt ganz genau, daß es einen heißen Kampf gibt, und diesen Kampf wollen wir durchführen und laßt uns nicht beeinflussen und gebt dem betreffenden Kandidaten, der für die Menschenrechte eintreten tut, gebt dem die Stimme. Und dieser Kandidat ist proklamiert, Ihr wißt genau, wen ich meinen tue.

(Zuruf: TÖLCKE.)

Kameraden! Ich sage das hier zum letzten Male, alles ist erörtert, schließt Euch an! Gebt dem Manne die Stimme, dem Arbeiterkandidaten Karl Wilhelm TÖLCKE. Inloedessen möchte ich mir erlauben, einzustimmen, wenn's erlaubt ist. (BUNTE winkt ab.)

Der Vorsitzende bemerkt, indem wir nur in Verbandsangelegenheiten sprechen und wollen wir diesen politischen Standpunkt sein lassen.

Kameraden! Ihr wißt ganz genau, man hat früher, wie erwähnt, 1887 an die Plakatsäulen gemalt den Kosakenkrieg, jetzt tut man natürlicherweise auch schon bezeugen.<sup>23)</sup> Kurz und gut, jedes Ding will einen Namen haben, um bei den Wahlen einen Standpunkt zu behaupten, damit sie die Dummen irreleiten können.

Der größte Feind, den ich hasse, ist der Unverstand der Masse. Streitet dafür, daß Ihr auf Eurer Seite, daß Ihr Einem die Stimme gebt, der die Menschenrechte vertritt,

»T ö l c k e«

es ist hier lediglich eine Verbandsversammlung. Es ist nicht ausgeschlossen, daß das Politische nicht gestreift wird, das will ich Jedem überlassen, sofern er nicht zu weit geht, denn es ist eine öffentliche Versammlung und als solche kommt es nicht genau drum. Aber den Antrag selbst, das fällt mir nicht ein, den bringe ich nicht zur Verlesung. Der Antrag selbst gehört

hier nicht hin. Ich will Ihnen eine Frage vorlegen. Es ist nicht mein Wille, nachdem gleich noch eine Versammlung ist, noch länger zu tagen und sollte einer sein, der noch etwas zu sagen hätte, gewiß wird das nicht von Wichtigkeit sein.«

Ich fordere Sie nochmals auf, halten Sie Ihre fünf Sinne hoch und Sorge jeder dafür, daß kein Mißtrauen kommt und hiermit schließe ich die Versammlung.

Unser Kandidat Karl Wilhelm TÖLCKE lebe hoch, hoch, hoch!

3. Bergmann SCHRÖDER auf der sozialdemokratischen Versammlung zu Dortmund am 23. Januar 1890 nach der Programmrede TÖLCKES: Meine Herren! Nicht etwa, daß ich mich zur Interpellation melde, nein ich finde in den Worten des ausführenden Referenten, da fühle ich mich vollständig einverstanden und Sie, meine Herren, glaube ich, daß Sie in vollstem Maßstabe selbst tun. Wir wissen, welche Vergangenheit wir in den letzten drei Jahren hinter uns gehabt haben. Niemals konnte der Referent den Nagel besser auf den Kopf treffen, niemals konnte es Ihnen klarer gemacht werden, wie der Arbeiter im großen und ganzen immer erhalten muß, wo man ihm gerade auf die notwendigsten Lebensmittel, die tatsächlich gebraucht werden, Zoll legt, während andere niemals gebraucht werden; wo eine bessere Gesellschaft ihren Wein, die muß einem armen Arbeiter den Fusel verteuern. Ich weiß, daß wir nur ein Glied jener Kette, jener großen Leidensgefährten sind, die alle an der nämlichen Krankheit leiden. Und wenn Sie das erkannt haben, dann ist das einzige Heil für uns der mehrstgehaßten Partei, die trotz der Ausnahmegesetze besteht, anzuhängen; und versäumen Sie nicht, kein Tag und Nacht, nicht unter Kollegen allein, mögen es Bergleute sein, Arbeiter in Fabriken, wo es möglich ist, einen aufzuklären, jeder, der aufgeklärt ist, holt sich wieder einen anderen, den er aufklärt. Auf diese Art und Weise werden wir es den intelligenten Städten Berlin und Hamburg nachmachen und wenn Sie die Herrlichkeit jener Tage sehen, würden Sie eine Ahnung davon haben, dann würde Dortmund selbst schon so sozialdemokratisch, wie die Großstädte selbst sein.

(Lebhafter Beifall.)

Wollen Sie aber mit der allgemeinen Menschengesellschaft Schritt halten, dann dürfen Sie keine Schmach dulden. Der Geschäftsmann, dessen Geschäft blüht. – Wodurch? Dadurch, daß ihn die Arbeitersache unterstützt; auf die andere Art und Weise wird er dem Ruin anheimgegeben. Der Geschäftsmann muß mit dem Arbeiter halten, der Kleinbürger, er muß mit dem Arbeiter Hand in Hand gehen. Er tut solches, wenn er die Wahl-

Kandidatur des Freiheitskämpfers von 1848 Mann für Mann unterstützt. Und suchen Sie alle zu überzeugen, die noch nicht überzeugt sind. Wir sind zwar arm, aber wir sind im Vollbewußtsein unserer Volkskraft und nur im Volke liegt der Wille und wird der Volksgeist zur Gesetzgebung werden. Wenn Sie auf diese Art und Weise Männer in die Gesetzgebung bringen, die dafür sorgen, daß es einen konstitutionellen Staat gibt, wie wir ihn uns vorstellen, daß der Volkswille Gesetz wird, dann wird es besser und dann wird es auch wieder zu Ansehen kommen.

Treten Sie Mann für Mann für die Wahl eines Karl Wilhelm TÖLCKE ein, des Volkstribunen, den wir hier haben. Dann wird Dortmund sein Ansehen wieder gewinnen.

4. Die Verbandsversammlung zu Frohlin des Kreises Dortmund am 2. Februar d. Jh. schloß der Bergmann ADRIAN mit einem »Hoch auf das souveräne Volk«.

8. In der Anwendung des Boykott-Systems gegen die Wirte, welche ihre Lokale nicht zu Bergarbeiterversammlungen hergeben wollten.

Der Verband der Bergarbeiter ist auf Grund der vorstehend aufgeführten Tatsachen zur Zeit unstreitig als eine sozialdemokratische Organisation anzusehen und ist, da diejenigen Personen, wie SCHRÖDER, SIEGEL, BRODAM, denen BUNTE hierin unbedenklich zugesellt werden kann, bereits seit längerer Zeit, wie sich jetzt herausgestellt hat, überzeugte Sozialdemokraten sind, meines Erachtens auch als eine sozialdemokratische Organisation von vornherein geplant gewesen.

In dem vorerwähnten Berichte habe ich der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß die in dem Verbands geschaffene Organisation, sobald sie im rheinisch-westfälischen Kohlenreviere erprobt wäre, auf weitere Gebiete und schließlich auf ganz Deutschland ausgedehnt werden sollte. Eine solche Ausdehnung scheint jetzt in Aussicht zu stehen, wenigstens ist auf der letzten Delegierten-Versammlung des Bergarbeiterverbandes ein Beschluß auf Änderung der Statuten dahingefast worden, daß auch andere Bergarbeiter, als die im rheinisch-westfälischen Kohlenreviere beschäftigten dem Verbands beitreten können. Vollzogen ist die Statutenänderung noch nicht, jedoch soll Zeitungsnachrichten zufolge ein vorbereitender Aufruf von BUNTE im Saarreviere bereits erlassen sein.

Dem bezeichneten Zwecke soll entschieden auch der im August 1890 stattfindende »Deutsche Bergarbeitertag« dienen, für welchen der Verbandsvorsitzende BUNTE folgenden Aufruf erläßt:

Aufruf

an die Bergleute aller Bergwerke in Deutschland

Im August 1890 findet in Halle in der Provinz Sachsen (höchstwahrscheinlich daselbst) der 1. Deutsche Bergarbeitertag statt, wozu alle Berufsgenossen der

verschiedenen Reviere Deutschlands durch die rheinisch-westfälischen Bergleute mit dem Bruderruf aufgefordert werden, im Interesse der Verbesserung ihrer Existenz sich auf diesem Bergarbeitertage vertreten zu lassen und mit den hiesigen Berufsgenossen solidarisch vorzugehen. Je 10000 Bergleute entsenden einen Delegierten. Für Reviere mit weniger als 10000 Bergleuten wird ebenfalls ein Delegierter gewünscht. Am 15. Juni 1890 wird zu Dortmund in Westfalen zwecks Regelung des obigen Bergarbeitertages ein Vorbereitungstag abgehalten. Alle Reviere, gleich welcher Größe, werden ersucht, hierzu einen Delegierten mit möglichst ausreichendem statistischen Material zu entsenden. Sonstige Anträge sind bis zum 10. Juni cr. an Unterzeichneten einzuliefern.

Dortmund, in Westfalen, den 15. April 1890

Fr. Bunte

Wißstraße 19

Vorsitzender des Verbandes rheinisch-westfälischer Bergleute

Würde die weitere Ausdehnung Tatsache, so wäre das Endresultat eine sozialdemokratische Organisation unter den Bergarbeitern Preußens und Deutschlands, wie sie wegen ihres staatsgefährlichen Charakters andauernd nicht würde geduldet werden können. Ein Vorgehen gegen den Verband und dessen Zahlstellen, über welches in dem oben angeführten Bericht vom 11. Januar d. Js. Vortrag gehalten ist, wird sich auf die Dauer schwer vermeiden lassen.

In den Bergarbeiterkreisen hat zwar die sozialdemokratische Agitation in den Verbandsversammlungen und seitens der leitenden Persönlichkeiten mehrfach Mißstimmung und Widerspruch erfahren, ein Zurückgehen des Verbandes hat sich aber in wesentlichem Umfange nicht bemerkbar gemacht, wenigstens, soweit die Mitgliederzahl in Betracht kommt. Mehrfach wurde, hauptsächlich in Zeitungen die Behauptung aufgestellt, daß die Beiträge sehr schlecht eingingen. Näheres hat sich aber hierüber bis jetzt nicht ermitteln lassen. Die Versammlungen sind schlechter besucht, als früher. Es ist mir aber zweifelhaft, ob dies auf Abneigung gegen die sozialdemokratischen Bestrebungen des Verbands Vorstandes und der Zahlstellen-Bevollmächtigten zurückzuführen ist, oder ob nicht eine gewisse Versammlungsmüdigkeit, wie sie nach den vorhergegangenen zahlreichen Versammlungen erklärlich ist, als Ursache betrachtet werden muß.

In letzter Zeit sind Bestrebungen zur Gründung eines »Vereins rheinisch-westfälischer Bergleute »Glück auf« zur Wahrung und Förderung bergmännischer Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund« auf christlich-sozialer Grundlage hervorgetreten. Die Bewegung geht aus von dem in Bochum für Bergleute bestehenden Rechtsschutzverein, dessen Vorsitzender bis vor kurzem FUSSANGEL der Redakteur der ultra-montan-radikalen westfälischen Volkszeitung war. FUSSANGEL trat zurück, weil die Leitung des Vereins durch einen Bergmann zur Zeit angezeigt erscheine. Ein Hauptzweck des neuen Vereins soll, wie

ausdrücklich betont wird, die Bekämpfung des „sozialdemokratischen“ Bergarbeiterverbandes sein. Ob die Gründung und Ausbreitung des neuen Vereins sich rasch und erfolgreich vollziehen wird, läßt sich noch nicht übersehen, ebensowenig, ob in ihm die Interessen der Bergarbeiter andauernd zu einer ruhigen und sachgemäßen, von politischen Bestrebungen unabhängigen Vertretung gelangen werden.

### I. Reichstagswahlen

In die Agitation für die Reichstagswahlen ist die sozialdemokratische Partei, wie bereits in dem letzten Semesterberichte erwähnt wurde, frühzeitig eingetreten.

Vereine für volkstümliche Wahlen wurden gegründet und von diesen zahlreiche Versammlungen bereits im ersten Quartale des Winterhalbjahres abgehalten. Die Sprache in den Versammlungen und in den sozialdemokratischen Blättern war vielfach eine sehr heftige, gegen die besitzenden Klassen wurden die schwersten Anschuldigungen erhoben. Je näher der Termin der Reichstagswahl rückte, desto zahlreicher wurden die Versammlungen und nunmehr begann auch die Verbreitung von Flugblättern, in welchen eine äußerst heftige Sprache gegen die besitzenden Klassen, die Tätigkeit des letzten Reichstages und die herrschende Produktionsweise geführt wurde. Der Inhalt der Flugblätter war entschieden geeignet, den Frieden unter den Bevölkerungsklassen zu gefährden, konnte aber als auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung d. i. den gewaltsamen Umsturz im Gegensatz zur Reform auf gesetzmäßigem Wege gerichtet nicht angesehen werden. Mit derartigen Flugblättern wurden fast alle Wahlkreise des Bezirks, auch solche, in denen eine sozialdemokratische Bewegung bisher nicht bemerkt worden war, überschwemmt und vielfach wurden auch heimlich Plakate mit dem Namen des sozialdemokratischen Kandidaten und der Aufforderung zur Wahl angeschlagen.

Die Agitation ist auch durch Sendlinge betrieben, welche aus sozialdemokratischen Zentren wie Elberfeld und Barmen nach kleineren Orten gesandt wurden, dort in Arbeit traten und die sozialdemokratische Lehre in engeren Kreisen entwickelten und ihr Anhänger gewonnen haben, so ist z. B. nach Neheim, Kreis Arnsberg, der Fabrikarbeiter STÄGLITZ, welcher einen dauernden festen Wohnsitz überhaupt nicht hat, sondern von Ort zu Ort wandert und an jedem Orte nur einige Monate arbeitet, vor der Wahl von Elberfeld nach Neheim in Arbeit getreten und hat daselbst eine rege Agitation für die Sozialdemokratie entfaltet. Von Neheim ist derselbe alsdann wieder nach Iserlohn weitergezogen.

Gegen die anderen Parteien haben die Sozialdemokraten im Wahlkampfe eine schroff ablehnende Haltung eingenommen. In den beiden Wahlkreisen Dortmund und Bochum, deren Eroberung die Sozialdemokraten vor allem ins Auge gefaßt hatten, suchten sie der Agitation der anderen Parteien durch Störung

ihrer Versammlungen möglichsten Abbruch zu tun, so daß hiergegen energische, polizeiliche Maßregeln ergriffen werden mußten.

Am Tage der Reichstagswahl und am Tage der Stichwahl wurde jedes Mittel der Agitation in Bewegung gesetzt und am Stichwahltage für den Wahlkreis Dortmund-Hoerde waren nach beiden Orten sozialdemokratische Scharen zur Unterstützung bei der Agitation und zur Überwachung der Wahlhandlung von außerhalb zugezogen. Das Nähere hierüber sowie bezüglich der am Wahltage und am Stichwahltage stattgehabten Ausschreitungen enthält mein Bericht vom 28. März 1890 A. Ib, 1902, auf welchen ich Bezug zu nehmen mir erlaube. Einen Sitz haben die Sozialdemokraten im hiesigen Bezirke nicht erworben, dagegen ist der Stimmenzuwachs, welchen sie gegen 1884 und 1887 erhalten haben, sehr beträchtlich. Die Zahl der für sozialdemokratische Kandidaten im Bezirke abgegebenen Stimmen beträgt 30261 von 218521 Stimmen, welche überhaupt abgegeben sind.

Ein genaueres und zuverlässigeres Bild über die sozialdemokratische Bewegung geben die Zahlen aus den einzelnen Wahlkreisen, in denen die sozialdemokratische Bewegung seit längerer Zeit festen Fuß gefaßt hat.

Es wurden sozialdemokratische Stimmen abgegeben:

	1884	1887	1890
			Stichwahl 17 014
im Wahlkreis Dortmund	1812	2041	10 422
im Wahlkreis Bochum	—	1160	8 388
im Wahlkreis Hagen	1126	2702	5 221
im Stadtkreis Dortmund allein	1378	1212	3 900
			3 900 / 6 200
im Stadtkreis Bochum	9	270	643
im Landkreis Altena	121	534	1 103
im Landkreis Iserlohn	839	1095	2 257
im Landkreis Arnsberg	—	37	659

welcher letzterer hier zum Nachweis dafür angeführt wird, wie die Sozialdemokratie auch unter den Fabrikarbeitern, welche in ländlichen Bezirken wohnen, schnell um sich greift.

Der Zuwachs der sozialdemokratischen Stimmen, wie er in den vorstehenden Zahlen zum Ausdruck kommt, ist, wenngleich die allgemeinen Ursachen, welche ein ähnliches Resultat für Deutschland und Preußen überhaupt herbeigeführt haben, auch im hiesigen Bezirke mitwirkten, so doch wesentlich auch auf den großen Bergarbeiterausstand des vorigen Jahres, die seitdem anhaltende Bergarbeiterbewegung und die sie begleitenden Umstände zurückzuführen. Unter den letzteren ist das Verhalten der freisinnigen und der ultramontanen radikalen Presse von nicht unerheblicher Bedeutung. Im Verein mit der in Schrift und Wort betriebenen sozialdemokratischen Agitation hatte diese Presse — wie bereits in meinem letzten Berichte hervorgehoben wurde, früher das überhaupt

Mögliche in der Aufreizung der Bergleute gegen die besitzenden Klassen, insbesondere die Bergwerksbesitzer und die Grubenverwaltungen geleistet. Ist unter der arbeitenden Bevölkerung überhaupt bereits ein Klassenbewußtsein, welches sie im Gegensatz zu den besitzenden Klassen stellt und nur durch Kampf gegen letztere eine Förderung ihrer Interessen erwarten läßt, in der Ausbreitung leger im Entstehen begriffen, so mußte es unter einer so allgemeinen Aufreizung im Ruhrkohlenreviere besonders erstarken. Der Kampf um die von den Grubenverwaltungen in übermäßiger und ungerechter Ausdehnung gehandhabten Arbeitersperre steigerte die vorhandene Erbitterung und das Mißtrauen gegen die Arbeitgeber noch erheblich. So war es den die Gründung und Leitung des Bergarbeiterstandes beherrschenden Persönlichkeiten leichtgemacht, indem sie anfangs nur die Notwendigkeit der Einigkeit und der Organisation der Bergleute betonten, Anhänger um sich zu scharen, dieselben allmählich an ihre Lehren zu gewöhnen und schließlich zur sozialdemokratischen Partei herüberzuziehen. Gewiß sind bei weitem nicht alle, welche ihre Stimmen bei der Wahl einem Sozialdemokraten gegeben haben, bewußte und überzeugte Anhänger der Sozialdemokratie, aber der Überzeugung kann ich mich nicht verschließen, daß die Zahl derjenigen, welche zur Sozialdemokratie hinneigen, in den letzten Jahren erheblich gewachsen ist und daß die Gefahr, der Anschluß derselben an die Sozialdemokratie werde ein immer festerer und die vorbesprochene Organisation immer stärker und gefährlicher werden, nicht gering ist.

## II. Verbote und Bestrafungen auf Grund des gegen die Sozialdemokratie gerichteten Reichsgesetzes vom 21. Oktober 1878, sowie Gesetzesübertretungen ohne Ermittlung der Täter.

Verbote und Auflösungen von Versammlungen auf Grund des Sozialistengesetzes vom 21. Oktober 1878 sind im Winterhalbjahre verhältnismäßig nur selten vorgekommen, da die sozialdemokratischen Agitatoren vermieden, ihre sozialdemokratischen Bestrebungen, wenngleich sie allgemein in einer den Frieden der Bevölkerungsklassen äußerst gefährdenden Weise vertreten wurden, als auf den gewaltsamen Umsturz der Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtet darzustellen, und da den Unterbehörden die sorgfältige Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen wiederholt zur Pflicht gemacht worden ist. In mehreren Fällen haben gleichwohl Mißgriffe der Unterbehörden stattgefunden, indem dieselben von der Auffassung ausgingen, daß die Durchführung der hervorgetretenen Bestrebungen, wenngleich sie nicht unmittelbar auf den gewaltsamen Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtet seien, ohne denselben nicht zu denken wäre. So ist in Gelsenkirchen am 26. Dezember v. Js. eine Volksversammlung aufgelöst worden, weil der Redner die Abschaffung der stehenden Heere und Ersetzung derselben durch ein Volksheer nach sozialdemokratischem Muster forderte. Beschwerde wurde nicht erhoben, aber dem Landrat auf die

Anzeige der Auflösung bemerkt, daß eine solche Forderung als auf den gewaltsamen Umsturz der Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtet ohne weitere entsprechende Ausführungen nicht angesehen werden könne.

In Dortmund waren seitens der Polizeiverwaltungen mehrere Versammlungen auf Grund des § 9 des Sozialistengesetzes in Verbindung mit § 10 A. L. R. II 17 für Palmsonntag und die Osterfeiertage verboten worden. Auf die von den Einberufern erhobene Beschwerde wurden die Verbote von mir als nicht gerechtfertigt bezeichnet. An besonderen Ausschreitungen seitens der Sozialdemokraten sind folgende anzuführen:

1. Am 1. Februar d. Js. fand zu Langendreer Landkreis Bochum eine antisemitische, bzw. christlich-soziale Versammlung, in welcher Dr. KÖNIG aus Witten einen Vortrag hielt, statt. Die Sozialdemokraten hatten sich gruppenweise im Saale verteilt und verfolgten den Zweck, die Auflösung der Versammlung herbeizuführen, was ihnen auch gelang. Die Räumung des Saales ging sehr langsam vonstatten und plötzlich wurden zwei anwesende Polizeibeamte durch das Vorwerfen einer Bank zu Falle gebracht und dem dritten, welcher zu Hilfe eilen wollte, wurde ein Bierglas an den Kopf geworfen, während andere ihm über den Kopf hinwegflogen. Die Täter waren nicht zu erkennen, da in der Ecke, von welcher aus die Gläser geworfen wurden, das Gas ausgedreht worden war. Zu gleicher Zeit wurden laute Hochrufe auf die Sozialdemokratie ausgebracht und es erscholl einmal der Ruf: »Nieder mit Kaiser und Reich. Es lebe die Republik.« Behufs Ermittlung der Täter ist eine Belohnung von 50 Mark ausgesetzt worden, jedoch bisher erfolglos. Der frühere Bergmann SIEGEL-Dorstfeld hatte vorher in der Versammlung die Worte gebraucht: »Nirgends haben wir Gerechtigkeit gefunden, weder bei Regierung noch bei Ministern, selbst an Allerhöchster Stelle nicht. Da wir auch an Allerhöchster Stelle kein Recht finden, weil unser Gnadengesuch abgelehnt ist, so fordere ich Euch auf, einig zu sein und nur einen Sozialdemokraten zu wählen.« Wegen dieser Worte ist gegen SIEGEL das Strafverfahren wegen Majestätsbeleidigung eingeleitet, aber bisher nicht zum Abschlusse gelangt.
2. Die sozialdemokratischen Ausschreitungen am Tage der Reichstagswahl und am Tage der Stichwahl sind bereits im Abschnitte I erwähnt worden.
3. In der Nacht vom 19. zum 20. November wurde an einer öffentlichen Bedürfnisanstalt in Bochum in der Nähe des Königlichen Amtsgerichts angeschrieben: »Hoch lebe Lassalle! Nieder mit der Monarchie! Hoch lebe die Sozialdemokratie!« Die Täter konnten bisher nicht ermittelt werden.
4. In der Nacht vom 12. zum 13. Oktober wurden die beiden notorischen Sozialdemokraten, der frühere Redakteur der verbotenen Westfälischen Arbeiterzeitung August BÖLGER und der Lederzurichter Josef PÜKFELD in Dortmund von zwei Schutzleuten dabei betroffen, wie sie unbefugterweise Plakate über eine in Aussicht genommene Versammlung an den Häu-

sern anklebten. Bei dieser Gelegenheit warf PÜKFELD die verbotene Zeitung »Der Sozialdemokrat« von sich. Das gegen PÜKFELD wegen Verbreitung verbotener Druckschriften eingeleitete Strafverfahren ist wegen ungenügenden Beweises wieder eingestellt worden.

5. Am 13. März wurde in der Wohnung des Eisenhoblers H. WINZE in Dortmund das verbotene Buch Bebel's: »Die Frau in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft« polizeilich beschlagnahmt: Die strafgerichtliche Untersuchung auf Grund des § 19 des Sozialistengesetzes ist gegen ihn eingeleitet; wegen dessen Vergehens: »Verbreitung der Zeitung »Der Sozialdemokrat« ist das Verfahren
6. auch gegen den Puddler PAUL zu Dortmund eingeleitet.  
Der Schreiner Franz OLLE zu Dortmund, bezüglich dessen ich im letzten Semesterberichte anzeigte, daß gegen ihn die Untersuchung wegen Verbreitung verbotener Schriften eingeleitet sei, ist durch Urteil der Strafkammer zu Dortmund vom 30. Januar wegen dieses Vergehens mit 8 Tagen Gefängnis bestraft worden.

### III. Presse

In der Haltung der Presse ist im letzten Semester insofern eine erfreuliche Änderung eingetreten, als die ultramontanen Blätter, insbesondere die in Dortmund erscheinende Tremonia und die in Bochum erscheinende Westfälische Volkszeitung nicht mehr, wie bisher bei der Erregung und Aufreizung der Arbeiterbevölkerung mitgewirkt haben. In meinem letzten Berichte mußte in dieser Beziehung das Urteil ausgesprochen werden, daß die ultramontanen Zeitungen in kritikloser Aufhetzung der Arbeiter den sozialdemokratischen Zeitungen kaum nachgestanden hätten. Die maßvollere Haltung trat zum Teil bereits vor den Reichstagswahlen ein und dürfte wesentlich auf die Bestrebungen des Bergarbeiterverbandes, die ultramontane Einwirkung und ihren Einfluß auszuschließen und den hierdurch bewirkten Gegensatz der ultramontanen Partei zu diesem Verbands zurückzuführen sein, ein Gegensatz, welcher sich auch in der Presse verschärfte, nachdem bei der Wahl des Verbandsvorstandes die sozialdemokratischen Elemente über die ultramontanen den Sieg davon getragen hatten und welcher schließlich zu der ultramontanen Anregung einer Gründung des im Abschnitt I erwähnten Gegenvereins »Glück auf« wesentlich Veranlassung gab. In ihrer jetzigen Haltung dient die ultramontane Presse der wirksamen Bekämpfung der Sozialdemokratie. Ob diese erfreuliche Wendung anhalten wird, läßt sich nicht mit Bestimmtheit beurteilen, für die nächste Zukunft darf dies wohl erwartet werden, weil auch die katholische Bevölkerung des Bezirks in ihrer überwiegenden Mehrheit den maßlosen Forderungen der Bergarbeiter keine Sympathien entgegenbringt und ein Umschlag hierin zunächst nicht zu besorgen ist.

Die in Lüdenscheid erscheinende »Reform« arbeitet fortdauernd unter freisinniger Flagge, wie das Berliner Volksblatt, den sozialdemokratischen Bestrebungen vor. Die sozialdemokratische Presse selbst hat im Winterhalbjahr eine erhebliche Stärkung erfahren.

In dem letzten Semesterbericht zeigte ich an, daß an Stelle, aber nicht als »Fortsetzung« der verbotenen »Westfälischen Arbeiterzeitung« eine neue sozialdemokratische Zeitung »Volksstimme« erschienen sei, welche mit den im Verlag von JEUP bereits erscheinenden sozialdemokratischen Zeitungen »Der Zeitgeist«, das »Remscheider Wochenblatt«, das »Hagener Wochenblatt« inhaltlich übereinstimmen. Die Einführung der Zeitung stieß anfangs auf Schwierigkeiten, den Abonnenten der Westfälischen Arbeiterzeitung, welchen die Zeitung ohne Erneuerung des Abonnements in das Haus geschickt wurde, verweigerten zum Teil die Annahme. Die Schwierigkeiten sind jetzt aber bereits überwunden und die Zahl der Abonnenten dürfte mit 400-500 nicht zu hoch bemessen sein.

Die Zeitung erscheint seit dem 1. Oktober v. Js. und nahm anfangs eine ziemlich maßvolle Haltung ein, die aber in letzter Zeit einer recht heftigen Sprache Platz gemacht hat. Der Gegensatz zwischen der besitzenden und arbeitenden Klasse, zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern wird in der aufreizendsten Weise immer wieder zum Ausdruck gebracht. Durch tendenziöse Darstellung und Beleuchtung wirklicher Vorgänge des Lebens werden Scheinbeweise für die Behauptungen gewonnen. In einer großen Anzahl von Fällen haben die von mir angeordneten Ermittlungen ergeben, daß die Vorgänge sich wesentlich anders, als sie dargestellt waren, zugetragen hatten und daß die aus ihnen heraus gegen die Gruben- oder Fabrikverwaltungen erhobenen Beschuldigungen völlig unbegründet waren. Die diesseitige Anregung einer Berichtigung und Stellung des Strafantrages wurde jedoch von den Beteiligten meistens abgelehnt und zwar zum Teil mit der meines Erachtens unzutreffenden Behauptung, daß die Berichtigungen doch nur geringen praktischen Erfolg hätten, bzw. daß gerichtliche Bestrafungen wegen Annahme der Verfolgung berechtigter Interessen in zu wenigen Fällen ausgesprochen würden.

In letzter Zeit ist in dem gedachten Blatte eine Serie von Artikeln erschienen »Wie beweisest Du, daß die Bibel, wie jedes andere Buch Menschenwerk ist?«, in welcher die Grundlagen des christlichen Glaubens als Täuschung hingestellt würden, ohne daß sich jedoch ein strafrechtliches Verfahren hierauf begründen läßt.

Neben der Volksstimme dient auch sozialdemokratischen Zwecken die vom Bergarbeiterverband zum Verbandsorgan erklärte in Zwickau erscheinende Deutsche Bergarbeiterzeitung »Glück auf«, die als Verbandsorgan in neuerer Zeit den Titel »Zeitung der deutschen Bergleute, Verbandsorgan der Bergleute von Rheinland und Westfalen« führt und einen besonderen Inseratenteil hat. Als Erscheinungsort ist für sie Bochum angegeben, wo in dem Büro des Bergarbeiterverbandes die Hauptexpedition ist. Über die Wahl der Zeitung zum

Verbandsorgane wurden anfangs vielfache mißfällige Urteile aus dem Bergarbeiterverbände heraus laut, in der letzten Delegiertenversammlung des Verbandes, in welcher die Angelegenheit auf der Tagesordnung stand, wurde jedoch beschlossen, daß die Zeitung als Verbandsorgan beibehalten, daß sie aber in Zukunft bei JEUP, dem Verleger der oben genannten sozialdemokratischen Zeitungen gedruckt werden solle. Die Wahl von Jeup als Drucker wurde damit motiviert, daß er der Mindestfordernde gewesen sei. Mit dem Übergang der Druckerei an JEUP, welche noch in dem laufenden Quartale erfolgen soll, wird die Zeitung außer in deutscher, auch in polnischer Sprache für die im Bezirk arbeitenden polnischen Bergarbeiter erscheinen. Über den sozialdemokratischen Charakter des Blattes habe ich mich bereits in dem Berichte vom 11. Januar d. Js., auf welchen ich gehorsamst Bezug nehme, ausgesprochen und im übrigen trifft die auf Seite 8 bis 15 in den Ac. 1 bis 8 gegebene Charakteristik der Bergarbeiterbewegung auch für die Haltung der Zeitung zu.

Die Auflage des Verbandsorgans wird etwa 23 000 Exemplare im hiesigen Bezirk betragen. Ungeachtet der Loslösung des Verbandsorgans von den Verträgen der Zwickauer Zeitung »Glück auf« werden meines Erachtens beide Blätter inhaltlich identisch bleiben und ein Gleiches wird der Fall sein, wenn der Bergarbeiterverband in weiteren Bezirken Ausdehnung gewinnt und sich das Bedürfnis herausstellt, den lokalen Interessen durch Gründung von Lokalorganen Rechnung zu tragen.

Die Konzentrierung durch Verein- und Fachpresse, die auf ein Kommando hören, wird unablässig von den Führern verfolgt und schrittweise fortgeführt.

#### IV. Versammlungen und Vorträge

Die Zahlstellen des Bergarbeiterverbandes haben alle 2 oder 4 Wochen regelmäßige Sitzungen abgehalten.

In dem Abschnitte I ist bereits hervorgehoben, wie eine politische und sozialdemokratische Agitation im Bergarbeiterverbände Platz gegriffen hat und es sind daselbst auch mehrfache Stellen aus Reden von Verbandsmitgliedern zum Belege angeführt. Auf diese Ausführungen erlaube ich mir hier gehorsamst Bezug zu nehmen, indem ich jedoch bemerke, daß die Erörterung direkt politischer Angelegenheiten keineswegs in allen Versammlungen erfolgt, vielmehr in der Mehrzahl und vor allem nach der Reichstagswahl nur Verbandsangelegenheiten erörtert worden sind.

In den Versammlungen, welche unmittelbar der sozialdemokratischen Agitation für die Reichstagswahlen dienten und in den meisten größeren Städten abgehalten wurden, traten außer den einheimischen Rednern mehrfach Redakteur JEUP aus Elberfeld, Schreiner LEHMANN aus Düsseldorf, Schuhmacher MEIST aus Köln, Fabrikant WIECH aus Krefeld, Fabrikant SCHUMACHER aus Solingen und die früheren Bergleute SCHRÖDER, SIEGEL, BRODAM, HEEP und DIEKMANN aus dem hiesigen Regierungsbezirke auf. Die Redner hielten sich inhaltlich an

die Beschlüsse des Pariser Sozialisten-Kongresses und entwickelten dieselben unter Bezugnahme auf die politischen Verhältnisse Deutschlands und Preußens in längeren Ausführungen. Die Euer Exzellenz mittels Berichts vom 26. v. M. Pr. 739 vorgelegten sozialdemokratischen Flugblätter stimmen in ihren Ausführungen mit den in den Versammlungen gehaltenen Reden wesentlich überein und geben ein klares Bild, in welcher verhetzenden Weise die Agitation in Wort und Schrift betrieben worden ist.

Zum Nachweise, wie zahlreiche sozialdemokratische Versammlungen abgesehen von den Bergarbeiterversammlungen abgehalten sind, erlaube ich mir eine Zusammenstellung der in der Stadt Dortmund im Winterhalbjahre stattgehabten 25 Versammlungen, da eine vollständige Übersicht aller sozialdemokratischen Versammlungen des Bezirks zu weitgehend sein würde, hier gehorsamst anzuschließen.

Die gedachte Übersicht gibt ein Bild der Rührigkeit der sozialdemokratischen Agitation. Die sozialdemokratische Partei hat mehr Versammlungen abgehalten als die übrigen Parteien zusammen. Im I. Abschnitt sind bereits die vom Bergarbeiterverbände veranstalteten Vorträge des Dr. STÖPEL aus Berlin über die Enteignung der Bergwerke und Überweisung derselben in das Eigentum der selbsttätigen Beamten, Leiter und Arbeiter erwähnt worden. STÖPEL selbst soll nach den hierüber angestellten Ermittlungen nicht Sozialdemokrat sein, sein Vortrag war auch vorwiegend historisch-wissenschaftlich gehalten und hat keinen großen Beifall gefunden. Aus diesem Grunde, angeblich aber weil STÖPEL zu erkältet war, haben auch nur in Bochum und Dortmund die Vorträge stattgehabt. Die Resolution über die Enteignung ist aber nicht nur in Bochum und Dortmund, sondern auch in anderen Verbands- bzw. Zahlstellen Versammlungen zur Annahme gelangt.

#### V. Arbeitseinstellungen

1. Am 9. Januar stellten die Gesellen in den Werkstätten der Böttchermeister BÖHLE und GÄRTNER in Dortmund plötzlich unter Vertragsbruch die Arbeit ein, weil sie glaubten, daß für die Fabrik von BODENHAIN in Kassel, in welcher die Arbeiter streikten, aushilfsweise Fässer gefertigt wurden. Die Meister mußten, weil dringende Aufträge vorlagen, nachgeben und führten aus ihren Büchern den Nachweis, daß die Annahme der Gesellen ungerechtfertigt war. Die Böttchergesellen haben einen Verein, der von einem sehr eifrigen Agitator NOEDHAUS geleitet wird. Die ausständigen Gesellen bezogen während des Ausstandes Unterstützung von dem in Bremen domizilierten Zentralverein deutscher Böttcher. Ganz unzweifelhaft ist bei dem Ausstande von sozialdemokratischer Seite eine Einwirkung ausgeübt worden.
2. Über den partiellen Bergarbeiter-Ausstand, welcher im März seinen Anfang nahm und sich bis in die ersten Tage des April hinein erstreckte, ist schon im

Abschnitt I gehandelt worden. Hier sei nur noch angeführt, daß derselbe unter Vertragsbruch erfolgte, daß sich an demselben etwa 10 000 Bergarbeiter, von denen  $\frac{1}{4}$  minderjährig waren, beteiligten und daß verschiedentlich von den Ausständigen Versuche gemacht wurden, die weiter arbeitenden Bergleute durch Überredung oder Einschüchterung von der Arbeit abzuhalten.

#### VI. Beziehungen der Sozialdemokratie zu den freien Hilfskassen, Ortskrankenkassen usw.

bestehen, wie sie in den früheren Berichten dargetan wurden, nach wie vor fort, besondere Vorkommnisse sind aber aus der Berichtsperiode nicht vorzutragen.

#### VII. Beziehungen der Demokratie und Fortschrittspartei zur Sozialdemokratie

Bei Gelegenheit der Reichstagswahl hat die demokratische Partei im Wahlkreise Dortmund den Rechtsanwalt KÖHN als Kandidaten aufgestellt. Als es zwischen dem Kandidaten der national-liberalen Partei - MÖLLER - und dem der sozialdemokratischen Partei TÖLCKE zur Stichwahl kam, ist das demokratische Wahlkomitee in verschiedenen Zeitungen offen für TÖLCKE eingetreten, indem es folgenden Aufruf erließ.

»An die demokratischen Wähler des Wahlkreises Dortmund.

Gemäß unserer Parole »nieder mit dem Kartell« fordern wir in vollem Einverständnis mit unserem unterlegenen Kandidaten alle unsere Gesinnungsgenossen auf, bei der Stichwahl entschieden für W. TÖLCKE einzutreten.

Dortmund, den 22. Februar 1890.

Das demokratische Wahlkomitee.«

Im Wahlkreise Bochum erklärte der Rechtsanwalt LENZMANN welcher von der deutsch-freisinnigen Partei als Kandidat aufgestellt war, daß jeder Sozialdemokrat ihm unbesorgt wegen eines Abfalls von seinen politischen Grundsätzen seine Stimme geben könne und ferner, daß seine Partei und die Sozialdemokratie noch eine recht weite Wegstrecke zusammen gehen könnten, ehe der Scheideweg erreicht sei.

#### VIII. Gemeinnützige Einrichtungen (Aufwendungen)

von Arbeitgebern im Interesse der Arbeiter hervorragender Art:

1. Der Bochumer Verein für Bergbau- und Gußstahlfabrikation hat 10 und die Bochumer Eisenhütte 9 Familienhäuser aufführen lassen, welche im letzten Quartale von den Arbeiterfamilien gegen mäßige Mietpreise bezogen sind.
2. In Annen, Kreis Hoerde ist seitens des Kommerzienrats KRUPP zu Essen, als Besitzer des dortigen Stahlwerks eine erhebliche Summe zu Darlehen an

Arbeiter behufs leichter Erwerbung einer eigenen Wohnstätte ausgesetzt worden.

3. Auf einer Reihe von Zechen ist die Neuanlage oder Verbesserung von Waschkauen erfolgt.
4. Sehr erheblich ist die Zahl der Konsumvereine und Kantinen für die Arbeiter der einzelnen Gruben und Fabriken, die den Arbeitern Lebensmittel und Feuerungsmaterial zu sehr mäßigen Preisen liefern.

Der konservative königstreue Volksverein zu Schwelm, welcher der Sozialdemokratie entgegenzuwirken bestrebt ist, hat auch im Winterhalbjahre verschiedene Vorträge veranstaltet. Die Zahl seiner Mitglieder beträgt zur Zeit 320. Bei der Reichstagswahl hatte er einen eigenen Kandidaten, den Pfarrer Licentiat WEBER in Gladbach aufgestellt, welcher 416 Stimmen erhielt.

### Übersicht der sozialdemokratischen Versammlungen in der Stadt Dortmund im Winterhalbjahr 1889/90

1. Am 5. Oktober 1889 im Lokale des Wirts Kühn eine öffentliche Volksversammlung. In derselben sprach der notorische Sozialdemokrat Pfannkuch aus Kassel über Arbeiterschutzgesetzgebung, über Frauen- und Kinderarbeit, sowie über Kranken-, Invaliden- und Altersversorgung. Außerdem sprach noch der Redakteur der Volksstimme Jeup aus Elberfeld über die jetzige Produktionsweise. Anwesend waren 300 Personen.
2. Am 6. Oktober in demselben Lokale eine Monatsversammlung des Vereins für volkstümliche Wahlen. In derselben sprach der Schreiner Pfannkuch aus Kassel, ein Sozialdemokrat, über die bevorstehenden Reichstagswahlen, über Steuern, Zölle, Militärangelegenheiten etc. Dann sprach der Sozialdemokrat Wesch aus Krefeld. Die Rede bildete im großen ganzen eine Wiederholung von dem, was Pfannkuch schon gesagt hatte. Ferner sprach der Redakteur Jeup aus Elberfeld über die heutige Kriegsführung. Ferner sprachen noch einige Redner von hier. Anwesend waren 150 Personen.
3. Am 14. Oktober 1889 abends im Lokale des Wirts Siewers in Dortmund eine öffentliche Versammlung der Tagesordnung:
 

»Die verschiedenen Produktionsweisen und ihr Einfluß auf die menschliche Gesellschaft.«

Anwesend waren 500 Personen.

Es sprach vorwiegend der sozialdemokratische Agitator Wesch aus Krefeld, ferner verschiedene hiesige Sozialdemokraten.
4. Am 21. September 1889. Abends bei Kühn eine öffentliche Versammlung, welche von dem Sozialdemokraten Fickermann eröffnet und geleitet wurde. Der bekannte Freidenker Dr. Rüger aus Elberfeld sprach über das Thema:
 

»Wie stellt sich das Freidenkertum zu anderen Konfessionen?«

Die Königliche Staatsanwaltschaft hat inzwischen aus Veranlassung dieses Vortrages Dr. Rüger das Strafverfahren aus § 166 des Strafgesetzbuches wegen Gotteslästerung eingeleitet.
5. Am 10. November 1889 fand in der Turnhalle in Dortmund eine öffentliche Maurer-Versammlung statt, mit der Tagesordnung:
  1. Rechnungsablage der diesjährigen Vertrauens-Kommission,
  2. Wahl einer neuen Vertrauens-Kommission.

Anwesend waren 90 Personen. Es sprachen nur hiesige Maurer.
6. Am 3. November 1889, abends, fand im Kühn'schen Lokale die Generalversammlung des Vereins für volkstümliche Wahlen statt. Anwesend waren 80 bis 90 Sozialdemokraten; wenigstens bestand der größere Teil hieraus. Man beschloß, den Rechtskonsulenten Tölcke einer allgemeinen Volksversammlung, die demnächst stattfinden soll, als Kandidaten für den Reichstag vorzuschlagen.
7. Am 4. November fand im Bathen'schen Lokale eine öffentliche Versammlung der Metallarbeiter statt.

### Tagesordnung:

- »Die heutige Produktionsweise der Metallarbeitergewerbe, deren Folgen auf die Arbeiter und der Nutzen einer gewerblichen Organisation.«
- In derselben sprach der Sozialdemokrat Karl Breder aus Nürnberg, ferner verschiedene Metallarbeiter von hier. Anwesend waren über 100 Personen.
8. Am 1. d. Mts. fand auf der Hobertsburg eine große öffentliche Volksversammlung statt, in welcher C. W. Tölcke als Kandidat der Arbeiter-Partei für den nächsten Reichstag proklamiert wurde. Tölcke hielt eine Kandidatenrede, ebenso sprach der sozialdemokratische Wanderredner Wesch aus Krefeld über die Reichstagswahl. Der bekannte Mitleiter der Bergarbeiterbewegung, Bergmann Dieckmann aus Ückendorf, der auch am Pariser Sozialisten-Kongreß teilgenommen hat, war anwesend. Er wandte sich besonders an die anwesenden Bergleute mit der Aufforderung, bei der Reichstagswahl nur für den Kandidaten C. W. Tölcke der sozialdemokratischen Partei einzutreten. Anwesend waren etwas über 600 Personen.
  9. Am 1. Dezember 1889, abends, fand im Kühn'schen Lokal die Monatsversammlung des Vereins für volkstümliche Wahlen mit der Tagesordnung:
 

»die bevorstehende Reichstagswahl«

 statt.
  10. Am 5. Januar 1890 abends bei Kühn: Verein für volkstümliche Wahlen. Anwesend gegen 100 Personen. Es sprachen nur hiesige Sozialdemokraten über die Reichstagswahl.
  11. Am 20. Januar 1890 abends bei Kühn: Verein für volkstümliche Wahlen. Anwesend gegen 200 Personen. Es sprachen Jeup aus Elberfeld, sowie eine größere Anzahl hiesiger Sozialdemokraten über die Organisation zur Reichstagswahl.
  12. Am 23. Januar bei Kühn: derselbe Verein. Es sprach der Sozialdemokrat Wirth und Stadtverordneter Grindel aus Berlin über indirekte Zölle. Ferner sprach auch Bergmann Ludwig Schröder und empfahl schließlich C. W. Tölcke als Reichstagskandidaten. Anwesend gegen 500 Mann.
  13. Am 27. Januar 1890 abends bei Wirt Plaas an der Rheinischen Straße: Volksversammlung der Sozialdemokraten. Anwesend gegen 400 Personen. Es sprach der Agitator Wesch aus Krefeld über indirekte Steuern etc. Dann sprach noch Bergmann Siegel aus Dorstfeld zu Gunsten Tölckes.
  14. Am 2. Februar 1890 bei Kühn: Verein für volkstümliche Wahlen; anwesend circa 80 Personen. Als Redner trat der Schuhmacher Karl Loers aus Hoerde auf. Er sprach über das Thema: Demokratie. Dann sprachen noch hiesige Sozialdemokraten.
  15. Am 5. Februar 1890 bei Siewers am Steinplatz. Derselbe Verein. Anwesend gegen 450 Personen. Es sprach der Agitator Slomke, welcher seinerzeit auf Grund des Sozialistengesetzes aus Hamburg ausgewiesen ist und zwar über die verschiedenen Parteien des Reichstages. Ferner sprach der Bergmann L. Schroeder über die Wahlbewegung im allgemeinen.
  16. Am 7. Februar 1890 abends bei Plaas: Verein für volkstümliche Wahlen. Es sprach wieder Slomke über das Thema vom 5. Februar. Anwesend 180 bis 200 Personen. Es sprachen auch noch hiesige Sozialdemokraten.
  17. Am 10. Februar abends bei Bathen am Westentor. Derselbe Verein. Slomke sprach nochmals. Anwesend gegen 350 Personen.

18. Am 14. Februar bei Röhr am Alten Mühlenweg. Versammlung war sehr schlecht besucht. Es sprach Agitator Wesch aus Krefeld.
19. Am 15. Februar bei Kühn. Anwesend gegen 1000 Personen. Der Kandidat C. W. Tölcke hielt seine Kandidatenrede. Außerdem sprach noch der Agitator Schreiner Lehmann aus Düsseldorf, ebenso auch der Bergmann Bunte von hier.
20. Am 17. Februar 1890 bei Rase im Sunderweg. Anwesend 40 bis 50 Personen. Es sprach der Kartoffelhändler Siebel von Dortmund über indirekte Steuern, über die kaiserlichen Erlasse.  
Außerdem sprachen noch verschiedene hiesige Sozialdemokraten.
21. Am 18. Februar 1890 bei Zimmermann in Dortmund. Anwesend nur gegen 30 Personen. Es sprachen Schuster Loers aus Hörde und Tabackarbeiter Fickermann von hier über die Organisation am Wahltage – 20. Februar cur. Die jetzt kommenden Versammlungen haben nach der Wahl und vor der Stichwahl stattgefunden.
22. Am 24. Februar cr. abends bei Siewers am Steinplatz. Anwesend gegen 400 Personen. Jeup aus Elberfeld sprach über die Erfolge der Sozialdemokratie am Wahltage. Dann sprachen noch verschiedene hiesige Sozialdemokraten, darunter Bergmann Ludw. Schröder.
23. Am 25. Februar 1890 abends bei Kühn. Anwesend gegen 1500 Personen. Als Redner traten auf: Kandidat C. W. Tölcke von hier und Reichstagsabgeordneter Harm aus Barmen-Elberfeld.
24. Am 26. Februar cr. bei Plaas an der Dorstfelder Brücke. Anwesend nur 60 Personen. Es sprach Jeup aus Elberfeld über »Stellungnahme zur Stichwahl.«  
Es sprach noch Siebel von hier und Genossen.
25. Am 27. Februar cr. bei Bathen am Westentor. Der Reichstagsabgeordnete Lederhändler Sohnmacher aus Solingen sollte sprechen, hatte aber nach einer Depesche den Zug verfehlt. An Stelle desselben sprachen von den hiesigen Sozialdemokraten Fickermann, Kirchner, Ellers, Hoffmann, sowie Bergmann Bunte und Anstreicher Trempa. Alle kamen am Schlusse ihrer verschiedenen Ausführungen dahin, daß die Anwesenden für Tölcke eintreten möchten. Die Zahl der Anwesenden betrug gegen 600.

Quelle: Staatsarchiv Münster, Oberpräsidium Nr. 2693, Bd. 2, Bl. 139 ff.

Druck: K. A. Hellfaier, Probleme und Quellen . . . , S. 207 ff.